

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,25 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnem. 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4gespaltene Pettizeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Ansprechender: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Ein Dämpfer für Kolonialschwärmer.

Thatsachen, die zahlmäßig belegt sind, erscheinen als verhängnisvolle Dinge. In der medizinischen Akademie zu Paris hat Lagneau einen Vortrag über die Sterblichkeitsverhältnisse der französischen Truppen in den Kolonien gehalten. Die von dem bekannten Forscher gemachten Mittheilungen werfen ein grelles Streiflicht auf die Herrlichkeit der Kolonialschwärmer.

Die mittlere Sterblichkeit der Truppenteile im Innern Frankreichs im Jahre 1883 nur 7,6 pro 1000 der Mäner. In Algier und Tunis ist die Sterblichkeit der Kolonialsoldaten zwar jetzt nicht mehr so hoch, wie in der Zeit der Besetzung, aber noch bedeutend höher. Sie betrug z. B. in Algier:

1837-48	77,8
1862-69	17,6
1872-75	11,91
1883-84	11,16

pro Tausend

Auf den Antillen Martinique und Guadeloupe betrug die Ziffer früher, 1819-55, über 91%, und auch heute noch richtet das Gelbfieber furchtbare Verheerungen an.

In Guyana, dem bekannten Deportationsbezirk, sind die Truppen zwar günstiger daran, als die vertriebenen Verurtheilten, denn 1819-49 von ersteren starben, wie unsere Quelle sich ausdrückt, „um 27,2%“, aber das gelbe Fieber ließ nicht mit sich spaßen. So erfahren wir denn, daß die Ziffer durch grauenhafte Epidemien gewaltig emporgeschwollen ist, so daß 1850-55: 90,8, 1855 aber 237,4 von 1000 Soldaten gestorben sind.

In Cochinchina, wo die Sterblichkeit bei der Okkupation vor achtundzwanzig Jahren sehr hoch war, sie betrug! 1862: 91,8, belief sich die Zahl der Kolonialpolitik geopferten französischen Truppen auf 1861-79: 48,2, 1882: 11,68.

Die ungünstigsten Gesundheitsverhältnisse, sagt unser Gewährsmann, „herrschen offenbar in den afrikanischen Kolonien“. Namentlich am Senegal, auch auf Madagaskar und den Nachbarinseln, sind die Zustände geradezu verheerend. Im Jahre 1878 betrug die Sterblichkeit der Truppen am Senegal infolge Auftretens einer Gelbfieber-Epidemie 526,9, pro Tausend, d. h. über die Hälfte der Soldaten mußten ihr junges Leben in den afrikanischen Kolonien lassen.

Eine derartige Ziffer erinnert an die graufigen Zeiten, da der schwarze Tod seinen Rundgang durch Europa machte, ganze Länderstriche verödete und die Ueberlebenden zu Verwesungsthaten trieb.

Man darf aber nicht glauben, daß die eben gegebene Ziffer die ganze Verlustsumme ausdrückt. Lagneau hat Recht in seinem Vortrage hervorgehoben, daß man erst

dann einen richtigen Maßstab für die Gesundheitsverhältnisse in den Kolonien gewinnt, wenn man auch die Sterblichkeitsverhältnisse der in die Heimath zurückgeschickten, namentlich die für nichtbrauchbar oder invalide erklärten Mannschaften überblicken könnte, aber hierüber liegen Nachrichten nicht vor. Thatsächlich wird die Menge der im Dienste der Kolonialpolitik zu Grunde Gegangenen eine größere sein, da von den in die Heimath Entlassenen ein gewisser Prozentsatz an den Folgen der Strapazen sterben, oder doch durch den Aufenthalt in den Tropen mit dauerndem Siechthum behaftet bleiben wird.

Lagneau hat auch die Frage erörtert, ob „angesichts der erheblichen Gefahren, denen die Gesundheit der Europäer, besonders auf den Antillen, in Guyana und in Afrika ausgesetzt ist“, die französische Republik sich nicht mit Truppen aus Eingeborenen oder wenigstens Mischrasen behelfen könne. Aber dagegen werden sehr schwerwiegende Einwände geltend gemacht. Die Eingeborenen, führt man aus, sind zu unzuverlässig, die Mischlinge seien zu „stolz auf ihren halbeuropäischen Ursprung, daher zum Truppendienst geeignet“, aber sie seien zu spärlich vertreten. Bei diesen Mischrasen, den Westigen, überwiegt, wie berufene Kenner der Tropenländer schon öfters hervorgehoben haben, bedeutend das weibliche Geschlecht. Nach holländischen Erfahrungen sollen aus Verbindungen von Europäern z. B. mit Malaien schon in der dritten Generation ausschließlich weibliche Sprößlinge hervorgehen, welche dann ihrerseits unfruchtbar bleiben. „Aus diesem Grunde“, sagt unsere Quelle, „darf man auf einen Ersatz der heimischen Truppen durch Mischlinge keine großen Hoffnungen setzen.“

Wir schöpfen aus — den „Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts!“

Die oben angeführten Daten sind gewiß auch für uns beherzigenswerth, denen die neue wirtschaftliche Aera auch etliche afrikanische Kolonien bescheert hat. Nun ist zwar das besorgniserregende Kolonialbilanz, das unsere Bourgeoisie gepakt hatte, geschwunden, seitdem die eifolgreichen Douchen fortgesetzter Mißerfolge und übler Erfahrungen ihre niedererschlagende Wirkung ausgeübt haben.

Aber die Kolonialpolitik sammt den afrikanischen Sand- und Fiebernestern hat die Jungfrau Germania noch am Hals, und diejenigen, welchen dies Vortheil bringt, werden dafür sorgen, daß die deutschen Steuerzahler immer neue Millionen in das Danaidenfaß des Kolonialbudgets fließen lassen.

Der Goldregen der aus dem sauren Schweiß deutscher Arbeit sich bildet, hat aber wahrlich wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als in der afrikanischen Sandwüste, ein Tropfen auf den heißen Stein, nutzlos zu vergehen. Der deutsche Kulturacker bedarf der Befruchtung, und was der wackere Papencleaver in der Presse war und von der Rednertribüne in seinen guten Tagen so berechtigt forderte, die Kolonisation im Innern, ist viel wichtiger.

fünf Roups zu machen; danach wollten sie sich dort bei Lerenard erfrischen.

Jeanlin aber kam eine neue Idee. Er wartete, bis die Spieler sich entfernt hatten, dann holte er einen Bindfaden aus seiner Tasche, band ihn an den linken Hinterfuß des Raninchen, ließ es los, und sie rannten hinterher, es an der Schnur haltend. Nie hatten sie sich so gut unterhalten. „Polonia“ hinkte, riß und zerbrach, es war zum Lachladen. Dann, damit die Häsia schneller vorwärts könne, banden sie ihr den Strick um den Hals, und als sie müde war und nicht mehr laufen wollte, zogen sie sie auf dem Bauch und am Rücken wie einen Wagen hinter sich her. Dies lustige Spiel währte wohl eine Stunde. Aber beim Gehölze von Cruchot geriethen sie plötzlich wieder in die Ballpartie und mußten schnell das halbtothe Thier in dem Korbe verstecken. Zacharias, Rouquet und ihre beiden Partner legten in eilemdem Laufe einen Kilometer um den andern zurück und ließen sich nur die Zeit, in den Wirthshäusern, welche sie sich als Zeitpunkte bestimmten, ein Glas hinter zu stürzen. Von den Herbes-Bertes waren sie nach Vuchy gerannt, dann nach Croix-de-Pierre und nach Chamblay. Der harte Boden tönte im Galopp ihrer Schuhe, während sie der hölzernen Kugel nachstürmten, welche in mächtigem Sprung von dem gefrorenen Erdreich abprallte. Es war ein prächtiges Wetter zum Spiel. Ihr Fuß blieb nirgends in Sümpfen oder Pfützen stecken; Alles war gefroren, und sie liefen höchstens Gefahr, sich ein Bein zu brechen. In der trockenen Luft hallten und knallten die Schläge gleich Flintenschüssen, während die Männer, den unwunden Griff fest in der Rechten haltend, mit mächtigen Fieben ausholten, den ganzen Körper nachwerfend, als wenn sie einen Dämon erschlagen wollten.

Und so trieben sie es stundenlang über die Gräben, die Gräben, die Böschungen der Wege und die Mauern, welche die Felder umzäunten. Es gehörten tüchtige Lungen

Das Hemd ist uns näher, als der Rod. Die Defatomben, die Frankreich dem Moloch der Kolonialpolitik dargebracht, mögen uns vor Augen stehen.

Politische Uebersicht.

Die Sozialdemokratie bei uns. Unter dieser Epithete leidet sich ein freimüthiges Blättchen, das „Stralunder Wochenblatt“, einen Artikel, der wegen mehrerer in demselben enthaltenen Thatsachen von einigem Interesse ist. Es wird darin erzählt, daß in Stralund am 26. Oktober eine Arbeiter-versammlung stattgefunden habe, in welcher ein sozialdemokratischer Redner eine mit „kürzlichem Beifall“ aufgenommene Rede gehalten und in der sodann beschlossen worden sei, bei der nächsten Reichstagswahl einen Kandidaten aufzustellen, „der auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms steht“. Ein Arbeiterwahlkomitee sei auch sofort gewählt worden. — Bisher sei der Stralunder Regierungsbezirk von der Sozialdemokratie verschont geblieben, nun aber dieselbe festen Fuß gefaßt, werde sie sich auch nicht wieder verdrängen lassen.

Der Umstand, daß bei uns auf dem Lande zwischen dem Großgrundbesitzer (Eigentümer oder Pächter) und dem heillosen Arbeiter keine Zwischenstufen vorhanden sind, eine Erscheinung, welche die Folge des früheren „Regens“ der Bauern ist, d. h. der Einziehung der Bauernstellen durch die Großgrundbesitzer, — dieser Umstand macht gerade untern Landbesitzer für außerordentlich fruchtbar für die Sozialdemokratie. Wie in den industriellen Bezirken der schroffe Gegenatz zwischen dem einen reichen Arbeitgeber und den zahlreichen unbedemten Arbeitnehmern das Aufkommen der Sozialdemokratie begünstigt hat, und vielleicht oder wahrscheinlich taktloser Hochmuth der Ersteren, verlebende Bezeugung der Arbeiter seitens der Arbeitgeber oder ihrer Beamten die Veranlassung gewesen ist, daß sich die Arbeiter der neuen Lehre zuwandten, so mag auch hier bei uns die ausschließliche Lage der Landarbeiter, die sich niemals, auch bei größter Sparsamkeit, einen eigenen Besitz erwerben können, sondern sich für ihr ganzes Leben, ja auch ihre Kinder als einem Gutsherrn Dienende betrachten müssen, und die an manchen Stellen schwerlich wie Brüder von ihren Herren behandelt werden, die Sozialdemokraten bewegen haben, ein geeignetes Feld ihrer Thätigkeit hier bei uns zu suchen. Wir fürchten sehr, sie werden es finden.

Was ist zu thun? ruft hierauf der Schreiber mit klagender Stimme aus. Gewaltmaßregeln, meint er im Tone eines tief sinnigen Philosophen, nützen nichts, aber gute Behandlung der Arbeiter werde viel helfen. Ein wirklicher Damm gegen die Sozialdemokratie seien nur die Grundsätze des wahren Liberalismus. Doch das sind bekannte Dinge, die wir nicht des weiteren auseinander zu setzen brauchen. Wichtig ist die Konstatirung der Thatsache, daß im Regierungsbezirk Stralund ein wohlpräparirter Boden für die Sozialdemokratie vorhanden ist. Die Sozialdemokratie wird sich diesen Umstand zu Nutze zu machen gewiß nicht veräumen.

Wir lesen im „Südwestd. Volkbl.“: Offenburg, 25. November. Zum ersten Male in diesem Jahre wurde uns heute wieder einmal das Vergnügen einer Hausdurchsuchung

dazu und stählerne Muskeln, und es war ein Hauptstolz der Grubenjugend, die in diesem freien Galopp über die Felder mit leidenschaftlicher Lust den Staub der Mine abwarf. Es gab fünfundzwanzigjährige Burschen unter ihnen, die bis zehn Meilen machten; aber im vierzigsten Jahre spielten die Hauer nicht mehr, sie waren zu schwer und ungelent geworden.

Es war schon fünf Uhr; bereits begann es zu dämmern; doch es galt noch, in einer letzten Partie, bis zum Walde von Vandame, zu entscheiden, wer die Kappe und das Luch gewinnen werde. Zacharias, dem die Politik sehr gleichgiltig war, meinte scherzend, es müsse lustig sein, wenn sie mit ihrem Spiele da drüben mühen unter die Kameraden hineingeriethen.

Auch Jeanlin dachte jetzt an das Rendezvous im Walde und mit drohender Geberde befohl er Lydia, ihm dorthin zu folgen, trotzdem sie, von Angst gequält, zum Boreux zurücklehren wollte, um ihren Salat zu suchen. Wäre es möglich, nicht dabei zu sein? Müßten sie nicht hören, was die Alten da zusammenbrauten? Das würde ja einen Hauptspaß geben!

Er trieb auch Bebert vor sich her, und um den Weg bis zum Rande des Waldes abzukürzen, banden sie „Polonia“ los, ließen sie laufen und warfen mit Steinen nach ihr. Jeanlin wollte das Thier todthehen, um es dann heimlich in seinem Versteck in Réquillart zu verzehren. Das Raninchen rannte verzweifelt dem Walde zu; ein Stein verwundete es am Rücken; trotzdem es dunkler wurde, wäre das gequälte Geschöpf erlegen, wenn die Kinder nicht plötzlich in einer Dichtung des Gehölzes Stephan und Souvarine erblickt hätten. Schnell warfen sie sich auf ihr Opfer und steckten es wieder in den Korb. Fast im selben Augenblicke machten die vier Spieler ihren letzten Wurf; der Ball rollte bis dicht an den Platz, auf welchem Stephan sich befand; die Partie war beendet.

Feuilleton.

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Das Thier jagte davon; die Kinder stürzten hinterher, sprachen es mit ihren Rufen, hehten unausgesetzt, bald die Hände öffnend, um es zu fangen, bald sie wieder in's Leere schlugen, wenn das geängstigte Thier zwischen ihnen durchschlüpfte. Nie hätten sie die Häsia wieder gefangen, wenn sie nicht trüchtig gewesen wäre.

Wie sie leuchtend dahin jagten, vernahmen sie Fluchen und Schelten. Sie waren wieder in das Ballspiel gerathen, und Zacharias hätte fast seinen Bruder getroffen.

Die Spieler machten die vierte Partie. Vom Gute Villot waren sie bis zu den Quatre-Chemins vorgedrungen, von dort bis Montoire, und nun galt es, in sechs Roups von Montoire aus das Pré-des-Vaches zu erreichen. Zwei und eine halbe Meile waren in einer Stunde zurückgelegt; doch unterwegs hatten sie im Gasthause von Vincent und in den Drei Weisen einen Schoppen geleert. Rouquet war jetzt im Vortheil. Ihm blieben noch zwei Roups zu machen und die Partie war gewonnen; aber Zacharias warf plötzlich mit solcher Geschwindigkeit den kleinen Ball in den Partner Rouquet's nicht wieder hinaustreiben konnte. Wie riesen und lärmten: die Partie blieb unentschieden und mußte wieder von vorne angefangen werden. Von dem Pré-des-Vaches bis zu den Herbes-Bertes war es ungefähr zwei Kilometer; diese Entfernung nahmen sie sich vor, in

Elberfelder Sozialistenprozess.

8. Tag der Verhandlung.

Der Präsident liest die Zeugenliste vor und dann die Zeugen zur Wahrheit, da sie vereidigt sind.

Die vorgelegten Fragen werden von den Zeugen wie folgt beantwortet:

Zeuge Hellmann, Agent aus Elberfeld (vereidigt): Ich kam zu mir und offerierte mir und einem Freunde die „Freie Presse“. Ich bin Demokrat und sagte Harm, daß dann ein Blatt im Sinne dieser Partei redigiert würde. In Worms habe ich dann mit Köllinghoff und einem Anderen eine Vereinbarung über den Stand der „Fr. Pr.“ gehabt und darauf die Uebernahme abgelehnt. Dieses war zur Zeit der Gründung der „Fr. Pr.“ Demokrat.

Zeuge Voltzkommissar Leles (vereidigt): 1885 wurde mir beauftragt, daß ich in Blankenstein Sozialisten ankommen lassen; ich ging dorthin ab und setzte mich mit dem Oberwachmeister in Verbindung. Mit diesem ging ich an den Ort der Ansammlung. Wir hörten ein dreitägiges Geräusch und dann gingen die Leute weg. Wir hörten von einem roten Fahne und einer Versammlung am Morgen. Ich sprach auch von einem Renkontre zwischen Turnern und Sozialisten. Auf der Rückreise hörte ich im Roupée nichts von dem. Mit Cordes und Dastig fuhr ich hierher. Ich habe einige Leute mit roten Schläfen bemerkt. Alle trugen ein rothes Abzeichen. Bei der Vernehmung über die Versammlung in der Beck hat sich nichts herausgestellt. Eine Versammlung hat aber stattgefunden.

Zeuge Clemens Gastwirth aus Elberfeld (vereidigt): Ich wohne dem Angeklagten Gustav Finte gegenüber und sah einmal Harm ein- und ausgehen, am Tage; auch Voltzberger sah ich einmal an der Thüre.

Zeuge Liptan, Lehrer in Elberfeld (vereidigt): In dem mir geleiteten Gefangenenverein bemerkte ich eine sozialistische Bewegung, wußte aber, daß viele Mitglieder Sozialdemokraten waren. Bei einer Spolsteife wurden gegenständig gemacht. Wimmer fand sich dabei beleidigt und trat dem Verein aus. Als ich vorher seinen Rücktritt abgelehnt wünschte, war man allgemein dagegen. Ich hörte, daß Voltzberger sich betrautete.

Zeuge Dr. Schönlanck, Schriftsteller aus Nürnberg: Ich war in Nürnberg, um eine Versammlung abzuhalten. Von dem Ort wurde ich vertrieben. Ich kam von Köln nach Elberfeld. Die Versammlung wurde aufgelöst. In anderen Versammlungen habe ich nicht Theil genommen. In der Redaktion der „Fr. Pr.“ habe ich Zeitungen gelesen. In der bergischen Gegend (ob in Reviog oder Weibert weiß ich nicht) war ich; die beschuldigte Gewerkschaftsversammlung kam nicht zu Stande. Die „Freie Presse“ habe ich nicht anders gesprochen, als in Elberfeld. Eine Revision der Bücher habe ich nicht vorgenommen, verhehe auch nichts davon. Die eine Versammlung in Elberfeld war erst verboten, dann gestattet und aufgelöst. Ich sagte: „Meine Herren!“ Die Reisen unternahme ich nicht mehr. Damals ging ich nach dem Rheinland, um mich zu erholen und die wirtschaftlichen Verhältnisse zu untersuchen. Die Versammlungen besuchte ich, um für die Arbeiter zu agitieren. Es geschah aus eigener Initiative; von Harm habe ich eine kleine Summe zur Deckung der notwendigen Kosten erhalten. Ob ich für die Tour nach Reviog bezahlt wurde, weiß ich nicht.

Harm: Ich gab Dr. Schönlanck 20 M., 10 M. aus eigener Tasche und 10 M. von Dr. Rieger.

Dr. Schönlanck: Ich sehe nicht in dem Verhältniß der sozialdemokratischen Partei, wie Dr. Jerusalem zur national-

liberalen. Auf meinen Eid kann ich versichern, daß weder in Nürnberg noch in Fürth geheime Verbindungen bestehen; es sind nur Vereine für volkshümliche Wahlen vorhanden. Agitation im Sinne der Anklage giebt es nicht.

Grillenberger: Der Nürnberger Wahlschein ist sieben Jahre alt. Die Parteithätigkeit geschah öffentlich.

Dr. Schönlanck: Von der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ weiß ich nicht. Ich erhielt ihn früher unter Rouvert aus Fürth, einige Mal aus London, ohne darauf abdonnirt zu haben. Auf meinen Eid kann ich versichern, daß ich keine Kenntniß von der Art der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ habe.

Grillenberger: Die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ ist Privatfache.

Dr. Schönlanck: Das Wörlein'sche Geschäft ist Privatsache und steht in keinem Abhängigkeitsverhältniß zur Partei. Selbstverständlich machen die Parteileuten gehörigen Druckerarbeiten, die andere Druckereien nicht ausführen. Parteilisten ist die Fraaktion.

Grillenberger: Ich bin Mittheilhaber des Geschäfts resp. meine Frau, und da ist es natürlich, daß ich Broschüren zum Druck erhalte.

Dr. Schönlanck: Wertheichen sind Broschüren, deren Ueberschuß in den Unterstützungsfonds fällt. Die Reisekosten erhielt ich in Elberfeld.

Bebel: Der Herr Zeuge wird bekätigen, daß ein bekannter Redner, wenn er irgendwo auftritt, auch in die Nachbarschaft eingeladen wird.

Dr. Schönlanck: Das kann ich nur bekätigen.

Bebel: Während der Dauer dieses Kongresses (Griterkeit) sind mir schon Duzende von Aufforderungen zugegangen.

Der Zeuge wird vereidigt.

Bebel: Der Zeuge wird zugehoren, daß zwischen ihm, Grillenberger und mir ein gespanntes Verhältniß bestand.

Dr. Schönlanck: Gewiß! Das hat mich aber nicht gehindert, die Wahrheit zu sagen.

Zeuge Stephan, Oberwachmeister (vereidigt): In Jannep habe ich die Gendarmen beauftragt, die sozialistische Bewegung zu überwachen, um an Kommissar Wilking Bericht zu erstatten. Auf eine Depesche hin ging ich nach Wermelskirchen, wo ich wahrnahm, daß ein Haus stark beleuchtet war. Ich habe am Fenster gehorcht, aber Zusammenhängendes nicht vernommen. Ein Redner hielt einen Vortrag, den ich nicht genau verstand. Ob es Meist war, weiß ich nicht. Durch einen herausgelassenen Hund wurde ich gestört. Als wir Einlaß erhielten, trafen wir etwa 10 Personen, darunter Meist. Das waren meine eigenen Wahrnehmungen. Von anderen Versammlungen habe ich nur durch Gendarmen gehört und an Wilking berichtet. Aus eigener Wissenschaft ist mir über die Verbreitung des „Soz.“ nichts bekannt.

Meist: Von wem kam die Depesche? Ich hatte meine Ankauf durch Postkarte erwirkt und kam, um mit den Feilenhauern über gewerkschaftliche Organisation zu sprechen.

Stephan: Die Depesche erhielt ich von dem betreffenden Gendarm, der von seinem Gewähsmann von Meist's Ankauf gehört hat.

Zeuge Rattke Gendarm zu Dahlhausen (vereidigt): Als Sozialdemokrat ist mir der Angeklagte Piepenbrink bekannt, auch noch Andere. Jetzt kommen sie nicht mehr zusammen, aber 1887 vor der Wahl. Eine Versammlung wurde überrocht, wo ein Vortrag gehalten wurde. Die Leute wurden verstreut. Ich habe von der geheimen Versammlung durch einen anonymen Brief erfahren. Später fand noch eine geheime Versammlung statt, wo, wie ich erfuhr, der „Rothe Teufel“ vorgelesen wurde. Das wurde mir durch einen anonymen Brief mitgetheilt. Eine unangemeldete Versammlung hat bei Piepenbrink stattgefunden. Es wurde mir gesagt, es wäre angenehmer, wenn man erfahre, was in der Versammlung gesprochen würde, als sie aufzulösen. Ich erfuhr durch anonymen Brief davon: über die Person des Abenders habe ich nur Vermuthungen.

Der Zeuge legt ein solches Schreiben vor.

Rattke: Die anonyme Mittheilung hat sich bei einer Versammlung bestätigt, in anderen Fällen nicht.

Die Vertheidigung beantragt, den Brief zirkuliren zu lassen und event. dazu die Genehmigung der vorgelegten Behörde zu verlangen.

Rattke: Den Gewähsmann bezeichne ich nicht, auch liefere ich das Schreiben nicht aus. Piepenbrink ist von mir wegen Verbreitung verbotener Schriften angezeigt worden und da hat sich der Besondere aufgelöst. Von meinem Gewähsmann habe ich anonym erfahren, daß Piepenbrink das Flugblatt verbreitete, zur Pfingstzeit.

Grillenberger: Als das Flugblatt verboten wurde, war es schon wochenlang verhandelt. In den meisten Städten wurde es vor dem Verbot verbreitet.

Piepenbrink: Weis der Zeuge, daß in der Nacht, als mir zwei Blätter unter der Thüre durchgeschoben wurden, Hunderte auf den Wegen lagen?

Rattke: Nein. Als ich das Verbot las, hatte ich den Bericht schon gemacht.

Verth.: Das Verbot datirt vom 5. Juni; Pfingsten fiel später.

Rattke: Eine Versammlung zur Feier des Geburtstages Lassalle's wurde aufgelöst. Es war am 11. April 1885.

Esplör: Eine Versammlung war das nicht; ich machte mit Freunden einen Spaziergang in den Wald. Aufgelöst wurde nichts, sondern nur zum Verlassen des Waldes aufgefordert.

Bebel: Ist eine gerichtliche Verfolgung erfolgt?

Rattke: Nein. Die Zahl der Teilnehmer berichtete mein Gewähsmann. Nur durch den Gewähsmann weiß ich von den Versammlungen.

Bebel: Die vom Zeugen angegebenen Zusammenkünfte fielen in die Wahrheit. Wurde über die Wahl gesprochen?

Rattke: Das weiß ich nicht.

Bebel: Mir fiel auf, daß der Zeuge nicht gehört hat, als er Leute sehen sah.

Rattke: Ich habe nicht gehört.

Der zehnjährige Zeuge Karl Kaiser wird vorgeführt.

Der Angeklagte Kaiser (Vater) protestirt gegen die Vernehmung.

Der Raabe verweigert weinend die Aussage und wird entlassen.

Zeuge Hecht, Gendarm in Reviog (vereidigt): Ich habe in Reviog die Sozialdemokratie beobachtet. Ein Wirth hat mir gemeldet, daß eine Versammlung bei ihm stattfand. Ich ging hin. Einige der Anwesenden trugen rothe Schläpe. Sie gingen auseinander. Was gesprochen wurde, weiß ich nicht. Später, 1887, fand eine öffentliche Versammlung statt, zu der Dr. Schönlanck mit Kaiser kam. Einer von den Sozialdemokraten sollte sprechen. Meist aus Köln war in Reviog; Sozialdemokraten waren um ihn.

Meist: Ich konstatire, daß ich das erste Mal, als ich in Reviog war, von drei Gendarmen und zwei Polizisten von Wirthschaft zu Wirthschaft begleitet wurde.

Hecht: Ob Robert Kaiser Führer der Sozialdemokraten ist, weiß ich nicht.

Harm: Ich habe für die „Fr. Presse“ agitiert und wurde ebenfalls von Gendarmen begleitet. Es war keine geheime Versammlung.

Kaiser: Es handelte sich um das Abonnement auf die „Fr. Presse“.

Zeuge Meyer II, Gendarm zu Reviog (vereidigt): Eine Versammlung bei Sassenhaus war in der „Fr. Pr.“ annoncirt;

sie war theilweise nur zum Schein, sie wurde nicht abgehalten. Eine andere Versammlung hat anderwärts stattgefunden. Weis ich erfahren, haben sich einige Vertrauensmänner leitwärts in den Busch begeben. Es wurde über Reichstagskandidaten gesprochen. Ob die Sozialdemokratie in Reviog organisiert ist, weiß ich nicht.

Bebel: Es soll eine Scheinversammlung stattgefunden haben; das verhehe ich nicht.

Buch: Ich war bei Sassenhaus; es war keine Versammlung, sondern ein Ausflug.

Meyer: Die beiden Versammlungen fanden an einem Tage statt. Ich kann nicht sagen, ob auf Rosenhöhe die gleichen Leute waren. Die Mittheilungen habe ich von einem Polizeifergeanten.

Bebel: Jetzt ist mir der Vorgang klar. Ein Ausflug wurde für eine Versammlung gehalten.

Meyer: Ob Kaiser den „Sozialdemokrat“ verbreitet, weiß ich nicht. Er kam jeden Freitag mit einem Paket aus Elberfeld.

Kaiser: Ich kam nie mit einem Paket aus Elberfeld.

Meyer: Ich bin Kaiser einmal begegnet, als er ein Paket trug, am Freitag. Es wurde mir vorher von einem Gewähsmann mitgetheilt.

Verth.: Kam Kaiser nur aus der Richtung von Elberfeld?

Meyer: Er kam in gutem Anzuge aus der Richtung von Elberfeld. Mein Gewähsmann hat mir gesagt, daß Kaiser mit Harm in Verbindung stand und verbotene Schriften holte.

Bebel: Warum ist Kaiser mit dem Paket von dem Zeugen nicht angehalten worden?

Meyer: Ich sollte nur beobachten. Kaiser hat bei Gelegenheit der Wahl auf den Tisch geschlagen und gesagt: „Wenn wir auch kein Geld mehr haben, so hat die Parteikasse solches.“

Zeuge Weber, Gendarm zu Bochum (vereidigt): Ich habe den Parteitag in Blankenstein beobachtet und hörte die Arbeiter-Marseillaise singen. Sonst weiß ich nichts.

Zeuge Pfannkuch, Tischler aus Rassel: Ich bin mit Harm bekannt und war vor zwei Jahren hier, im persönlichen Interesse. Ueber eine Organisation der Partei zu fragen, hatte ich keine Veranlassung. Ich hatte die Absicht, event. die „Fr. Presse“ zu übernehmen. Grillenberger theilte mir mit, daß Harm einen Redakteur suchte; ich fand aber hier die Verhältnisse nicht dazu angethan, um nach hierher überzusiedeln. Ich wurde einmal aufgefordert, hier einen Vortrag zu halten, habe aber abgelehnt.

Bebel: Ich will den Zeugen Pfannkuch noch befragen, vorher möchte ich aber den Zeugen Rammhoff noch interpelliren.

Kommissar Rammhoff soll geladen werden; Pfannkuch wird vorläufig noch nicht entlassen.

R. A. Lenzmann: Ich habe beantragt, das anonyme Schriftstück herbeizuschaffen, um durch Schriftenvergleichung festzustellen, daß es von einem Polizeipisgel herrührt.

Staatsanwalt: Ich beantrage Ablehnung des Antrages, da das Schriftstück unerschließlich ist.

R. A. Lenzmann: Der Brief kann ebenso als Beweisstück betrachtet werden, wie andere verlorene Briefe.

Präsl.: Das Gericht wird beschließen.

Es tritt eine Pause von 20 Minuten ein.

Der Präsident verkündet, daß die Beschlagnahme der anonymen Briefe abgelehnt, dagegen die Einholung der Erlaubniß für den Gendarm Rattke, auszusagen, beschlossen sei.

Zeuge Meyer-Elberfeld, Polizeikommissar (vereidigt): Bei von Schemm habe ich gelegentlich einer Haussuchung in einer Kindersparbüchse, die in einer Holzrinne lag, 338 M. gefunden, welche mir die Frau als Ersparnisse ihres Mannes bezeichnete.

Schemm: Das Geld lag in einer Kommode in der Kindersparbüchse. Ich kann durch Zeugen bezeugen, daß das Geld von mir durch Arbeit erworben wurde.

Meyer, befragt: 1885 fand in Gelsenkirchen eine Volksversammlung statt. Die Redner kannte ich nicht.

Zeuge Polizeikommissar Rammhoff (auf Befragen Bebel's, der die Aussagen Rammhoff's vom Freitag rekapitulirt): Ich glaube nicht gesagt zu haben, daß die Fraaktion den Inhalt des „Sozialdemokrat“ bestimmt habe, sondern nur, daß sie von den wichtigsten Einwendungen vorher Kenntniß erhält. Es geschieht, daß Schriften, die in Fürth gedruckt werden sollen, von der Fraaktion als zur Verbreitung geeignet erklärt werden. Meine Aussage bezüglich des Korrespondenten halte ich für recht. Die Fraaktion hat Einfluß auf den Inhalt des „Soz.“ Die Verbindung der Fraaktion mit den Vertrauensmännern, B. dem bezahlten Sekretär Motteler, wird durch meinen Kollegen Tilger bezeugt werden, der einen Vertrauensmann in der Schweiz hat. Die geheime Tinte ist nicht künstlich, sondern wird von den Fürthern hergestellt, deren solche unter den Angel agten sind.

Bebel: Wie viel Parteisekretäre giebt es?

Rammhoff: Das weiß ich nicht. Die am „Soz.“ Angestellten wurden mir als Vertrauensmänner, resp. Parteisekretäre bezeichnet. Bebel hat von diesen noch in diesem Jahre Geld erhalten.

Bebel: Das ist selbstverständlich, da das gesammte Geld für verschiedene Fonds ist; das der „Soz.“ nicht behalten darf, weil es ihm nicht gehört. Ist unter den Sekretären Kaufsch?

Rammhoff: Dieser ist mir bekannt, doch nicht speziell genannt. Doch die Fraaktion moralisch für den „Sozialdemokrat“ verantwortlich ist, ist mir von meinen Gewähsmännern bekannt.

Bebel: Kennt Zeuge einen Sekretär Schlüter?

Rammhoff: Den Namen kenne ich. Doch eine bestimmte Person der Fraaktion mit dem „Soz.“ in Verbindung steht, ist mir nicht bekannt.

Bebel legte dem Präsidenten die bekannte Krieter'sche Broschüre über die Geheimorganisation der Sozialdemokratie, bearbeitet auf Grund autoritativer Quellen vor und bemerkte: Die Broschüre ist schon 1887 im Frühjahre im Buchhandel erschienen und hat damals großes Aufsehen in der Presse gemacht, weil man glaubte, nunmehr sei die angeblich über ganz Deutschland bestehende geheime Organisation der Sozialdemokratie bloßgelegt. In dieser Broschüre wird namentlich auch gegen meine Aussagen vor dem Freiburger Landgericht polemisiert. Diese Broschüre enthielt nun genau alle diejenigen Angaben, welche der Zeuge Rammhoff als wichtige persönliche Wahrnehmungen sowie sogenannten Gewähsmännern bezeichnet. Die Anklage hätte es also viel bequemer gehabt, wenn sie den Verfasser der Schrift, Polizeikommissar Krieter, als Zeugen zitierte. Der ganze riesige Apparat wäre dann überflüssig gewesen.

Auf Ersuchen Bebel's verliest der Präsident mehrere Stellen der Broschüre, die im Wesentlichen mit den Ausführungen Rammhoff's identisch sind.

Bebel: Das Vorgelesene stimmt also mit den Angaben Rammhoff's überein. Nun bin ich vor jetzt einem Jahr mit dem Verfasser dieser Broschüre, Polizeikommissar Krieter in Magdeburg, bei einem Geheimbundsprozess in Düsseldorf als Zeuge vorgelesen worden. Ich habe damals genau so ausgesagt, wie hier in den Auseinandersetzungen, die ich bei Beginn der Verhandlungen in diesem Prozess machte, aber ich wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft nicht vereidigt. Nach mir kam Krieter und sagte derselbe zu meiner größten Ueberschuldung nicht so aus, wie in seiner Broschüre stand, sondern er sagte ganz anders aus und beschwor dies. Schließlich hatte ich die Genugthuung aus dem Urtheil des Gerichtshofs zu erfahren, daß der Gerichtshof auf das beidigte Zeugniß Krieter's kein Gewicht legte,

dagegen wurden meine unbeeidigt gebliebenen Aussagen als der Sachlage entsprechend anerkannt. Die Akten des Düsseldorf-Prozesses sind in den Händen des Gerichtshofes, er kann sich also von der Richtigkeit meiner Angaben überzeugen.

R.: Ich habe allerdings die Broschüre gelesen. Ich erkläre aber, daß meine Aussagen nicht auf der Broschüre, sondern auf Mitteilungen meiner Gewährsmänner beruhen.

Staatsanwalt: Die Ausführungen Bebels sind wohl nicht für den Gerichtssaal bestimmt.

Bebel: Nicht für den Gerichtssaal, sondern für den Gerichtshof. (Heiterkeit.)

Verth. Benzmann: Haben Ihre Gewährsmänner nicht aus der Broschüre geschrieben?

Kammhoff: Nein. Sie stehen in Verbindung mit dem „Sozialdemokrat“.

Bebel: Dann liegt es im höchsten Interesse des Gerichtshofes, diesen Vertrauensmann kennen zu lernen und beauftragen die Vernehmung desselben.

Verth. Benzmann: Haben Sie mit Ihren Gewährsmännern die Anklage durchgegangen?

Kammhoff: Allein. Ich habe mir Notizen gemacht und diese mit den Gewährsmännern durchgenommen. Ich konfessiere jetzt noch lässlich mit ihnen.

Verth.: Von welchem Angeklagten haben Sie die Anklageschrift und haben sich diese Leute an Sie um Auskunft gewendet?

Kammhoff: Darüber verweigere ich die Auskunft. — In Betreff der mir gestern vorgelegten Frage in Sachen der Frau Vollmuth schlage ich als Zeugen den Sergeanten Jäsch vor. Derselbe theilte mir mit, daß Vollmuth seine Frau mißhandelte und dieselbe aus Kummer darüber den Sergeanten jagte: „Mein Mann giebt sein Geld an die Sozialdemo-

kraten.“ Sie zog aus dem Rock ihres Mannes den „Sozialdemokrat“ und zeigte ihn dem Sergeanten.

Verth. Benzmann: Haben Sie in politischen Prozessen Geld für Aussagen gegeben?

Kammhoff: Darüber will ich nichts aussagen.

Zeuge Pfannkuch (auf Befragen Bebels) 1884—86 gehörte ich der Fraktion an. Doch wurde nie über den „Sozialdemokrat“ gesprochen; einmal wurde eine Erklärung an demselben geschickt, aber sogar in der Vorlesung, daß die Redaktion demselben ein „Dreckschwärzchen“ anhängen werde. Ein Mitglied der Fraktionsvorstandes stand soweit mit dem „Sozialdemokrat“ in Verbindung, als er Mitarbeiter war. Einfluß hatte er meines Wissens nicht. Die Geschäftsbücher des „Sozialdemokrat“ wurden nie von der Fraktion revidirt, in der Fraktion wurde nie über die Verwahrung des „Soz.“ gesprochen. Von der Verwendung der Überschüsse des „Soz.“ ist mir nichts bekannt; in der Fraktion wurde nie darüber gesprochen; auch wurde vom Unterstützungsfonds in der Fraktion nicht Rechenschaft abgelegt.

Bebel: Die Kontrolle geschah durch außerhalb der Fraktionsvorstandes stehende Parteigenossen.

Pfannkuch: Ueber Unterstügungen wurde hier und da gesprochen und die Fraktion hatte ihr Einverständnis mit einzelnen Fällen erklärt.

Bebel: In einzelnen Fällen wurde die Fraktion vom Vorstand befragt, in anderen nicht.

Pfannkuch: Parteisekretäre kenne ich nicht.

Bebel: Es giebt auch keine Sekretäre des „Soz.“, davon ist mir nichts bekannt.

Pfannkuch: Ob Mottelet den „Soz.“ verbreitet, weiß ich nicht. Seit Derossi am „Soz.“ ist, habe ich ihn nicht mehr gesehen.

Bebel: Derossi ist jetzt in Amerika.

Pfannkuch: Das weiß ich. Ebenso wie andere Fraktionsmitglieder stand ich in animosen Verhältnissen zum „Sozialdemokrat“, weil er Artikel veröffentlichte, mit denen wir nicht einverstanden waren. Einfluß auf den „Sozialdemokrat“ hatte die Fraktion nicht ausüben können, weil die Fraktion sich als selbstständig darstellte. Grillenberger und Liebnecht wurden nach Zürich geschickt, um das zu ändern. Es ist aber noch schlimmer geworden. Nur um ein freiliches Verhältniß zwischen „Sozialdemokrat“ und Fraktion herzustellen, wurden die beiden Leute nach Zürich entsandt.

Bebel: Die Fraktion wurde damals vom „Soz.“ heftig angegriffen.

Pfannkuch: Eine Korrespondenz zwischen Fraktion und Parteigenossen findet nur statt, wenn Anfragen kommen. Die Institution der Scheibengerichte besteht nicht. Nur auf Wunsch der Parteifreunden wurden Streichungen geschickt. In mehreren Fällen wurde es abgelehnt, so meines Erinnerns in einem Braunschweiger und Frankfurter Fall. Im ersten Fall war es ein Streit zwischen Blos und Anderen. Die Fraktion hat bei der „Schwarzen Liste“ nicht mitgewirkt. Auf Wunsch Harm's wurde die Streichung des Deporatus besprochen. Liebnecht versprach, nach Zürich zu schreiben, es sei an die Zeit, den Wünschen der Eiberfelder zu entsprechen. — Das Verhältniß zum „Sozialdemokrat“ ist auf Antrag Bebels in jeder Hinsicht gelöst worden, obgleich darauf hinarbeitet wurde, daß dies Niemand glauben. Durch Faktionsabschlüsse wurde das Verhältniß endlich gelöst; jeder Zusammenhalt mußte aufhören. Die Fraktion hatte keine Ursache, das Verhältniß des „Sozialdemokrat“ zu den einzelnen Orten in Betracht zu ziehen. Ich habe von einem Genossen gehört, daß St. Gallen öffentlich oder geheim nicht über den „Sozialdemokrat“ verhandelt wurde.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Theater.

Freitag, den 20. November.

Spernhaus. Aenchen von Tharau.

Schauspielhaus. Aschenbrödel.

Deutsches Theater. Nächstenliebe.

Leistung-Theater. Die Ehe.

Bestner-Theater. Cornelius Vos.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater. Der Bolengros.

Reichens-Theater. Schwiegermama.

Wallner-Theater. Neroß. — Vorher: Der Scheidungsgrund.

Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.

Wind-Theater. Das neue Gebot.

Koalition-Theater. Der Zauberlehrling.

Städtisches Theater. Wilmann in Afrika.

Reichens-Theater. Historischer Poffenabend.

Adolph-Gruß-Theater. Flotte Weibes.

Gen.-Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichens-Theater. Or. Spezialitäten-Vorstellung.

American-Theater.
1895
Bredenerstr. 55.
Täglich Vorstellung.

Circus Renz.
Karlsruhe.
Sente, Freitag, den 29. November 1889, 7 Uhr.
Abends 7 Uhr:

Große Komiker-Vorstellung
mit einem speziell ausgewählten Programm, unter Mitwirkung von sämtlichen Clowns in ihren höchst komischen Entrees und Intermezzos.

Leben und Treiben auf dem Eise.
Großes Ausstattungsgeld.

Auftreten einer Wiener Damenkapelle. Das Schulpferd Coriolan, geritten von Herrn Oscar Renz. Mohamed, arab. Vollblut, dress. und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Auftreten der Schultreiterin Fräulein G. Guerra. Auftreten der vorzüglichen Reitskünstlerinnen und Reitsänkler. R. Rejeb mit seinem höchst komischen dress. Hiel.

Morgen, Sonnabend: Gala-Vorstellung.
Sonntag: 2 Vorstellungen. 4 Uhr Nachm. (1 Kind frei.) Auf vielseitiges Verlangen: Bachus und Gambrinus.
Abends 7 1/2 Uhr: Große Extra-Vorstellung.
E. Renz, Direktor.

Circus Busch.
Friedrich-Rast-Str.
Sente, Freitag, den 29. November 1889,
Abends 7 1/2 Uhr: 1099

Große Clown- und Fach-Vorstellung.
Motiv: Wer lachen will, muß heute in den Circus Busch kommen.

1. Mal: Konfurrenspringen aller Clowns.
2. Mal: Das urkomische Amateur-Stehendreiten.
3. Mal: Ein amerikanischer Dorbarbier, komisches Intermezzo von sämtlichen Clowns.
22 Hengste, vorgeführt vom Direktor. Die hohe Schule, als Cavalier geritten von Fräulein Maria Doré. Fräulein Margerithe als Joden. Clown Tom Tom als Theater-Direktor. Clown W. Oshansky als General Bum Bum. Clown Michael mit seinem Wunderponny. 3 Gebr. Florida. Clown Renard, Henri u.

Sonntag: 2 Vorstellungen, 4 und 7 1/2 Uhr.
Am 4 Uhr: Fama, die Rose von Tripolis.

Vasase 1 Kr. 9 M. — 10 Uhr N.
Kaiser-Panorama.
Neu! 8. Reise d. d. mal. Schweiz. III. Uebersicht.

Reise Athen—Konstantinopel.
VI. Abtheilung: Pariser Weltausstellung. Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 8 Reisen 1 M.

H. Präuscher's anatomisches MUSEUM
60/61 Kommandantenstrasse 60/61.
Täglich geöffnet für erwachsene Herren.
Druck und Freitag Damengal. 11
Entree 50 Pf. Eintrittkarten 50 Pf. 589

Allgemeiner deutscher Sattler-Verein
(Mitgliedschaft Berlin)
Versammlung
am Sonnabend, den 30. Novbr. Abds. 8 1/2 Uhr,
im Restaurant Meyer, Alte Jakobstr. 83.
Tagesordnung:
1. Gewerkschaftliches. [1100]
2. Diskussion.
3. Verschiedenes und Fragelasten.

Fachverein der Tischler.
(Für den Osten)
Große Versammlung
am Sonnabend, 30. November, Abends 8 1/2 Uhr,
im Söhnischen Brauhause (hinterer Saal),
Landsberger Allee 11—13.
Tagesordnung:
1. Die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation. Referent Herr Mertens. 2. Diskussion.
3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Kollegen als Gäste willkommen.
Die Kollegen der Werkstätten von Brandt, Andrasstr. 39, Rönisch, Grüner Weg 50/51, Schmidt, Friedenstr. 51, Witte, Blumenstraße 34, Köhner, Weinstr. 6, werden ganz besonders eingeladen. Der Bevollmächtigte.

Muffen!!
durch Zufall! sportbillig!
Pelz-Muffen 1.50, 2, 3 M., Kanin 4 M.,
Luchs 5, Bismarck 6, Waschbär 6, Schmeichele 6,
Opoffum 8, Eechund 9, Scheitel-Ässe 10 M.,
Kardor 10, Murrell 10, Sider 12, Elons 12,
Krimmer 5—6 M. [591]
Neuheit! Was! 6, 8, 10 M. Pelztragen
2, 3, 5, 8 M. Kinder-Pelzgarnturen 1.50 M.
Pelz-Varietés Stück 3, 4, 6 M.
Versandt-Haus: Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstr. 158.
Nach außerhalb gegen Nachnahme!

Oderbrucher Fett-Gänse
auch ausgenommen u. geheilt, pfundweise
(viel billiger als anderes Fleisch.)
Leber, Linsen und Gänsefleisch, Gänse-
pökelfleisch, 3 Pfd. 60 Pf.; Gänsefleisch,
geräucherter Gänsebrüste.
Frische Hasen (auch gepöckelt), frisches Wild,
pfundweise [320]
sowie sämtliches Geflügel in größter Auswahl
empfiehlt billigst
die Wild- und Geflügel-Handlung von
R. Sasse, Michaelkirchstr. 5.

Kohltabak A. Goldschmidt,
Spandauerstr. 6. [1653]
am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl.
Garantirte sicher brennende Tabaks.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise!
Sämtliche im Handel befindlichen Kohltabaks find am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstr. 6
am Hodelschen Markt.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren.
Cr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
eigener Fabrik.
Brunnenstr. 28, Hof part.
Theilw. nach Uebereinkunft

581
Sophabezüge!
Kost 8 1/2—6 Meter sportbillig.
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Versammlung
der Freien Vereinigung der Zimmerer
Berlin u. d. Umgegend
am Montag, den 2. Dez., Abends 8 Uhr, in der Allee-Brauerei, Bad- und Hochstraßen-
Tages-Ordnung:
1. Die Ziele der heutigen Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten.
Gäste willkommen! Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Große öffentliche Tischler-Versammlung
am Montag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokale des
Schweizer-Gartens (am Friedrichshain).
Tages-Ordnung:
1. Die Beschlüsse der beiden Meister-Versammlungen und wie stellen sich die Berliner Tischler dazu? Referent: R. Müllerg.
2. Diskussion.
3. Wie stellen sich die Berliner Tischler zu dem Streit der Berliner Bildhauer, insbesondere zu den Werkstätten von J. C. Pfaff, Großfus und Gebr. Weinmann.
4. Diskussion.
5. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.
Um recht zahlreichem Besuch bittet
Der Einberufer.

Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Steinträger
und verwandter Berufsgenossen.
Am Sonntag, den 1. Dezember 1889, Vormittags 11 Uhr, in Jäger's Salon,
Zusatzstraße 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die Bildung des Arbeiters, wie sie in und wie sie sein soll, mit besonderer Berücksichtigung der Kinder-Erziehung. Referent Otto Heindorf. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Wahl eines Mitgliedes zur Fachkommission. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Emil Franke
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, Wasch- und Wringmaschinen bester Sorte. (Theilzahlung. Reparaturwerkstätte.)
N., Saarbrückerstrasse 6, neben Hochhaus-Brauerei.

Weihnachts-Ziehung
vom 14.—17. December der
Grossen Lotterie zu Weimar.
Haupt-Gewinn: **50,000 Mk. Wth.**
Loose a 1 Mk., 11 Stck. 10 M., 28 Stck. 25 Mk. (Porto und Liste 20 Pf. extra)
empfehlen und versenden

Oscar Bräuer & Co., Bank-Berlin W.,
Geschäft, Leipzigerstr. 108.

Winter-Paletots und Anzüge
für Herren und Knaben,
einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, seidene und Piqué-Westen, Hamburger und engl. Federsachen. Eigene Werkstatt für Maassbestellungen. Deutsche, engl. und französische Stoffe und Euche in großer Auswahl empfiehlt
A. Runitz, Kleidermacher Neue Hofstraße 50, part.
für Civil u. Militär.
Durch Erparung der Ladenmiethen billiger wie jede Konkurrenz.

Freunden und Genossen empfehle ich mein
Restaurant, sowie
Weiss- und Bairisch-Bierlokal.
H. Leutemann
Swinemünderstraße 120/121.
1097 Restaurant zum Alten Germanen.

Ein Zimmer (mit Pianino) für Vereine sowie Festlichkeiten, sind auf einige Tage in der Woche noch zu vergeben. [1093]
H. Leutemann, Swinemünderstr. 120/121.
Restaurant zum Alten Germanen.
Ein freundl. Zimmer an 2 Herrn a 8 M. zu vermieten. Oranienstr. 10 IV, b. R. i. e. l. e. n. z.
Schlafst. f. 1 S. Höflichstr. 23. u. 2 r. Breitfuß.

Arbeitsmarkt.
Drechslerlehrling verl. Bab., GutsMuths-Str. 13.
Arbeitsburschen, welche schon beim Besuchen von Poliren, Schleifen oder Zusammenstellen in Holzwaaren thätig waren, verl. Bab., GutsMuths-Str. 13.
Verf. verl. Krüger u. Günther, Andrasstr. 39.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 280

Freitag, den 29. November 1889

6. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 28. November, 1 Uhr.
Die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes, Kapitel „Gesandtschaften, Konsulate und Schutzgebiete“, Titel Südwestafrikanisches Schutzgebiet, wird fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) bemerkt, der rein rechtliche Standpunkt, den Bamberger zur Kolonialfrage einnehme, sei von jeder allen großen Kolonialunternehmungen gegenüber geltend gemacht worden. Auch Kolumbus habe schon seine Bamberger gehabt. (Heiterkeit.) Sehr ansehbar sei es, wenn Bamberger behauptete, wir gäben jetzt schon 20 Millionen jährlich lediglich für unsere Kolonialpolitik aus. Da sei gewiss mancher Betrag darunter, der für den Handel ausgegeben werden müsste, auch wenn wir keine Kolonien hätten. Von jener Seite sei immer und ewig die Politik des Reichskanzlers als unklug angegriffen worden. Gestern habe Bamberger gesagt, das Volk lache über unsere Kolonialpolitik. Er seinerseits aber sei überzeugt, es gebe gewiss viele Leute, die über die Superfluität derjenigen Herren lachen, die immer und immer klüger sein wollten, als der Reichskanzler. Das Volk werde gewiss im Gegensatz zu Bamberger und Genossen von der hohen zivilisatorischen Bedeutung unserer Kolonialpolitik überzeugt sein.

Abg. Parth (Reichsp.): Herr von Kardorff bemängelt unseren rechtlichen Standpunkt. Aber dieser ist gewiss gerade angebracht gegenüber dem bloßen, mit rechnenden Kolonial-Anhänger. Doch ich will zunächst auf die gestrige Aeußerung des Herrn Staatssekretärs eingehen, daß unsere Reden eines Kaufgeschäfts in Südwestafrika im vorigen Jahre gehört haben. Es müßte doch ein seltsamer Kaufmann sein, der sich erst durch Reden hier im Hause aufklären lassen müßte über Werth oder Unwerth irgend eines Kaufgeschäfts. (Sehr richtig! links.) Aber Sie fassen die Aufgaben der Volksvertretung wirklich überhaupt etwas unklar auf, wenn Sie verlangen, wir sollten hier mehrere Uebersetzung, unsere aus dem Gewissen heraus gemachte Kritik unterdrücken, was weil irgendwo in der Welt doch ein Pferdgeschätz zum Scheitern kommen könnte. (Beifall links.) Herr Wörmann hat uns gestern allerlei von dem Welthandel und von dem englischen besonders erzählt. Aber die Zahlen, die er gerade für den Verkehr von England nach Afrika gab, waren grundfalsch. Nach der besten englischen Quelle, die mir hier vorliegt, betrug im Vorjahre der Import von England nach Westafrika nur 600 000 Pfund Sterl., statt 1 1/2 Millionen, wie Herr Wörmann behauptete. Ferner sind von 1883-1887 Import, Export und Erträge von Lagos nicht geringen, sondern sogar zurückgegangen, also gerade das Gegenteil von dem, was Herr Wörmann uns berichtet. Aber auch darin hat Herr Wörmann Unrecht, daß Englands Handel seinen Aufschwung hauptsächlich seinen Kolonien und speziell Ostindien verdankt. Dieser Verkehr macht vielmehr nur ein Viertel des ganzen Weltverkehrs Englands aus! Nur ein Viertel, Herr Wörmann! Und glauben Sie denn etwa, daß dieser Verkehr, insoweit er Ausfuhrverkehr ist, nur englische Waaren betrifft? Auch das ist nicht gefehlt. Doch weiter, selbst wenn der Handel Englands nach seinen Kolonien noch so groß wäre, wie kommen Sie zu dem Schlusse, daß auch unsere Kolonien ebenfalls sich so entwickeln werden? Doch das sind noch verhältnismäßig kleine Fehler in der Wörmann'schen Rechnung. Weit größer ist der Fehler bei seinem Hinweis auf Holland. Holland, Herr Wörmann, exportiert nur 4 pCt. seines Gesamtverkehrs nach seinen Kolonien. Nur 4 pCt., Herr Wörmann! (Hört! hört! links.) Doch drastischer liegen die Verhältnisse bei Portugal, ebenso bei Frankreich, das einen geradezu winzigen Export nach seinen Kolonien hat. Und dabei opfert Frankreich Tausende von Menschen und Hunderte von Millionen für seine Kolonien. Und das sollen wir nachahmen, Herr von Kardorff? Die Gegner Frankreichs haben sich jeder Zeit die Hände gereiben darüber, daß Frankreich sich so in seinen Kolonien engagiert. Aus alledem aber sollte doch auch für Sie hervorgehen, daß nicht der Besitz von Kolonien es ist, welcher dem Ausfuhrinteresse dient! Rechnen Sie das einzige Land England aus, so werden Sie finden, daß alle anderen Länder an ihren Kolonien laboriren, daß ihnen dieselben die größten Verlegenheiten bereiten. Deshalb wünsche ich, daß Deutschland sich diese Lehren zu Herzen nimmt, und sobald als möglich von dieser Kolonialpolitik losläßt und seinen Schwerpunkt wieder verlegt in die Pflege seiner überseeischen Besitzungen, was immer es solche findet. Und gerade Südwestafrika ist ein Gebiet, wo nichts für uns zu holen ist. Und da sollen wir unsere Forderungen für dies Gebiet bewilligen? Nein, ich und meine Freunde können dem nicht zustimmen, wünschen vielmehr, daß Deutschland für diese Kolonien nichts mehr hergibt, wie vielmehr sobald als möglich abstoße.

Abg. Wörmann (nall.) betont nochmals, daß man in den wenigen Jahren unserer Kolonialpolitik große Erfolge nicht erwarten habe und nicht erwarten könne. Wenn Dr. Parth auf einen angeblichen Rückgang des Handels mit Westafrika hingewiesen habe, so sei daraus ein abfälliger Schluß nicht zu ziehen, denn man müsse dabei im Auge haben, daß der Werth der westafrikanischen Produkte wie Palmöl, Palmkerne seit 1853 bis heute sich etwa um die Hälfte reduziert habe. Er (Redner) habe seine Zahlen lediglich auf den überseeischen Handel bezogen und halte dieselben aufrecht. Uebrigens seien diese Zahlen über Export und Import nicht maßgebend für die Beurteilung des Wertes oder Unwertes der Kolonien. Man möge hinausgehen und sich die Dinge selbst ansehen, so werde man finden, daß Herr von Kardorff recht hatte, die Kolonialfrage als eine zivilisatorische zu bezeichnen. Doch der aus den Büchern studirten Zahlen des Dr. Parth denke keine europäische Kolonialmacht daran, ihre Kolonien aufzugeben. Die Anschauung Bamberger's, daß die Kolonialpolitik ein Luxusritiger Privatier sei, bezweifle der Redner als grundverkehrt. Nicht über die Freunde der Kolonialpolitik lache man im Lande, sondern vielmehr über diejenigen, welche so sprechen, wie hier die Herren von der Linken. Das deutsche Volk danke dem Reichskanzler, daß er die Kolonialpolitik inaugurirt habe, wenn Deutschland müsse sich mit im Kreise des großen Weltverkehrs drehen, um nicht zerdrückt zu werden. Wenn man auch jetzt große Erfolge noch nicht vorzeichnen könne, so würde man nach 20 Jahren ganz anders sprechen. England würde gewiss nicht solche Summen für seine Kolonien ausgeben, wenn es nicht wüßte, welcher Gewinn daraus erwachse. Es wäre daher höchst verkehrt, wenn wir den Besitz an Südwestafrika aufgeben wollten, was weil keine unmittelbaren Erfolge vorliegen. Darum bitte er, die vorliegende Position und auch das Extraordinarium zu bewilligen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Parth (Reichsp.): Das Wörmann'sche Argument, daß er (Redner) und seine Freunde in dieser Sache nicht

kompetent seien, treffe durchaus nicht zu. Es komme lediglich darauf an, welche Form der Kolonialpolitik wir treiben wollen: jene sogenannte „nationale“, die uns in Verwicklungen treibt, oder jene stille, ruhige, emsige Arbeit, die wirklich etwas zu schaffen im Stande ist. Wenn wir heute es über uns gewinnen könnten, uns mit einem Ruck wieder loszumachen von der bisherigen Kolonialpolitik, so würden alle Völker, die vom Welthandel etwas verstehen, erklären: das ist einmal ein verständiges und rationelles Vorgehen. (Beifall rechts und bei den Rationalliberalen.) So lange er und seine Freunde hier seien, würden sie nicht ermüden, Protest gegen diese „antinationale“ Kolonialpolitik einzulegen. (Beifall links.)

Die Debatte wird geschlossen und das Ordinarium mit großer, das Extraordinarium gegen die Stimmen des Freisinn und eines Theils des Zentrums bewilligt.

Eine dauernde Mehrforderung erscheint im Etat für die Uebernahme der mit der Landeshoheit verbundenen Funktionen im Schutzgebiete von Neu-Guinea durch das Reich. Ein gleicher Betrag ist als Ersatz der Kosten seitens der Neu-Guinea-Kompagnie unter den Einnahmen enthalten.

Berichterstatter der Budget-Kommission Abg. Pürklin: Es wird beabsichtigt, in dem Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie eine ähnliche Regierung einzuführen, wie sie in den afrikanischen Schutzgebieten besteht. Die Verwaltungskosten werden von der Neu-Guinea-Kompagnie getragen, und der Stand, in dem sich diese Gesellschaft befindet, bietet alle Gewähr, daß diese Ordnung der Dinge auf die Dauer wird durchgeführt werden können.

Abg. Bamberger (Reichsp.): Aus Afrika sind wir nun glücklich hinaus, leider nur in der Diskussion. Die Herren merken uns Kleinlichkeit unserer Anschauungen vor; es ist billig, großartig zu sein aus der Tasche der Steuerzahler. Sogar auf Columbus hat sich Herr von Kardorff berufen; 400 Jahre hat er zurückgreifen müssen, um ein Beispiel zu finden. Seitdem sind viele Thorheiten begangen worden, und wenn man dabei nur jedesmal hätte auf Columbus zurückgreifen wollen, so würde man leicht manche Thorheit mit der Klugheit haben wiedererschlagen können. Mit Neu-Guinea fällt auch die letzte Säule jener Reichskanzler-Politik, wonach die „Königlichen Kaufleute“ ihre Verwaltung selbst besorgen sollten; auch dieses Gebiet wird jetzt verstaatlicht. Ich habe noch nicht gesehen, daß die Autorität der Gesellschaft nicht ausgereicht hätte, und das Bedürfnis einer Aenderung scheint mir nicht vorzuliegen. Sollen etwa die auf der denkbar tiefsten Stufe stehenden Eingeborenen dieser Autorität gefährlich gemordet sein? Man hat sie als gemüthliche Menschenaffen bezeichnet, d. h. Leute, die nur dann menschlich sind, wenn ihnen ein bereits gestörter Mensch in die Hände fällt. Ich weiß nicht, ob der Araber einen neunzehnten Ersatz für die aufgewendeten Kosten bietet, aber das halte ich für sicher, daß in dem Tropenlima Neu-Guineas kein Europäer als Kolonist angesiedelt werden kann und bis jetzt noch Niemand sich angesiedelt hat. Ich frage also: Dem gegenüber ist es nöthig, die Autorität der Reichsregierung einzulösen? Es giebt nur eine Erklärung für dieses neue Arrangement: Die Kompagnie macht keine Geschäfte, und so lange es gut geht, will man auf eigenen Füßen stehen, so bald dies aufhört, soll das Reich eintreten. Wir können dazu unsere Zustimmung nicht geben.

Abg. Hammacher (nall.): Es hat sich bei den Gegnern unserer Kolonialpolitik die Provis herausgebildet, zum Beginn der Besprechung jeder Position eine Art von Generaldebatte über die Kolonialpolitik einzuleiten; das ist für die sachgemäße Behandlung des Etats nicht günstig und zeitraubend. Ich folge auf diesem Wege dem Herrn Vorredner nicht. Zur Sache selbst möchte ich konstatiren, daß durch diesen Titel dem Reiche keine neuen Ausgaben erwachsen. Die Neu-Guinea-Kompagnie hat nur darum ersucht, das Reich möge die zur Regierung nöthigen Beamten anstellen und selbst besolden, will dagegen die dadurch entstehenden Kosten dem Reiche wieder ersetzen.

Abg. Richter (Reichsp.): Wir haben keinen Widerspruch gegen die Einrichtung desselben Verhältnisses zu den Marshallinseln erhoben. Aber damals war vom Herrn Reichskanzler sein früher gekennzeichnete Standpunkt in Kolonialsachen noch nicht verlassen worden, und das Objekt war dort zu klein, um es zum Gegenstand eines besonderen Angriffs zu machen. Die Aussichten der Neu-Guinea-Kompagnie sind schlecht, und deshalb ist zu befürchten, daß die Zeichner die gezeichneten Beiträge werden verfallen lassen. Ebenso wird es der Südwestafrikanischen Gesellschaft gehen, welche nur noch mit einem Kapital von 60 000 M. wirtschaftet. Wenn auch in beiden Gesellschaften recht potente Geldkräfte vorhanden sind, so kann es doch kommen, daß sich beide in Wohlgefallen auflösen. Die Neu-Guinea-Kompagnie ist das Muster einer bürokratischen Verwaltung; Grundbuchordnung, Gewerbesteuergesetz, Arbeiterschutz Gesetzgebung, Reglements über das Meldewesen, alles ist bereits vor d. m. Bedürfnis vorhanden, und wird die Verwaltung vom Reichsbeamten in die Hand genommen, so liegt die Gefahr einer noch bürokratischeren Verwaltung nahe. Man könnte damit noch zufrieden sein, wenn alle Hoheitsrechte an das Reich abgegeben würden, aber das geschieht nicht, denn das Landbesitzmonopol z. B. bleibt der Kompagnie. Aber die Gesellschaft hat überhaupt keine Zukunft wegen der Schwierigkeit, Arbeitskräfte zu beschaffen. Hugo Zöller berichtet, daß vom Handel allenfalls im Bismarck-Archipel, aber absolut nicht in Kaiser-Wilhelms-Land die Rede sein kann. Das Reisen dort wird von ihm als noch schwieriger als in Afrika geschildert, weil Arbeitskräfte, Träger u. s. w. gar nicht zu haben sind. Weil wir aber fürchten, daß, wenn einmal das Reich in jenem Lande ohne jede wirtschaftliche Zukunft engagirt ist, es heißen wird: wir können Ehre halber nicht mehr zurück, und deshalb wollen wir dies Engagement nicht aufheben.

Abg. Hammacher: Die soeben gehörte Schilderung der Verhältnisse in Neu-Guinea war eine Karrikatur, und ich bedauere, daß eine solche hier in Bezug auf eine der hoffnungsvollsten Kolonien zum Besten gegeben wird. Die Plantagen im Kaiser-Wilhelmsland haben schon im vorigen Jahre werthvollen Latex und Baumwolle gebracht. Ich könnte hierfür Beweise beibringen, wenn ich nicht meinte, daß diese Dinge überhaupt nicht vor das Parlament gehören.

Abg. Bamberger: Die Verwaltung und die Wirtschaft der Neu-Guinea-Gesellschaft scheint hiernach so vortheilhaft zu sein, daß ich sie nicht geändert sehen möchte. Die Gesellschaft sagt selbst, daß sie gute Resultate gehabt hat, lassen wir ihr die; sie hat dem Reiche keine Kosten gemacht, ändern wir also dieses gute Verhältniß nicht.

Die Position wird angenommen. Die freisinnige und ein Theil der Zentrumsparthei stimmt dagegen.

Die für die zoologische Station in Neapel in Anschlag gebrachte erhöhte Subvention bewilligt das Haus ohne Widerspruch.

Abg. Graf v. Holstein (deutschkons.) behält sich vor, im nächsten Jahre, falls der Etat ein freundlicheres Gesicht zeige, die Errichtung einer zoologischen Station am Bioner See, nach dem Vorschlage des Dr. Zacharias, anzulegen.

Damit ist der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt und das Haus geht zur Berathung des Nachtrages zu demselben über, welcher für die Aktien in Ostafrika („Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika“) eine neue, durch Ministerialertrag zu bedeckende Aufwendung von 1 950 000 M. vorsieht.

Staatssekretär Graf v. Bismarck: Als ich im Dezember vorigen Jahres hier für Bewilligung der ersten Forderung für den vorliegenden Zweck eintrat, war einer der Gründe, welche ich hier vortrug, auch der, daß wir in dem damaligen Lieutenant Wismann einen vorzüglichen Afrika-Kenner und Reisenden zur Verfügung hätten. Major Wismann hat nun den Erwartungen, welche in ihn gesetzt wurden, vollständig entsprochen. Eine Befestigung dafür sind allein schon die zahlreichen Allerhöchsten Anerkennungen, durch welche er im Laufe des vorigen Jahres ausgezeichnet wurde. Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ihm auch von dieser Stelle aus Anerkennung auszusprechen für den Muth und die Umsicht, womit er seiner Aufgabe nachgekommen ist. (Beifall.) Ich sehe, daß ich mit dem Aussprechen dieser Anerkennung mich in Uebereinstimmung mit der Majorität dieses hohen Hauses befinde. Hoffen und wünschen wir dem Major Wismann auch Gottes ferneren Bestand, Glück und Gelingen seines Werkes. Aus den Ihnen vorliegenden Weißbüchern haben Sie sich über den bisherigen Gang der dortigen Unternehmungen unterrichten können. In der letzten Woche sind uns noch einige Berichte zugegangen, welche in zwei bis drei Tagen Ihnen gedruckt vorliegen werden. Sieben Punkte an der Küste befinden sich jetzt in Wismanns Händen, gedeckt durch die kaiserliche Marine, die sich auch in Afrika ihres Rufes würdig gezeigt hat. Mit einem festen Plane für die ferneren dortigen Unternehmungen heute schon vor Sie zu treten, ist nicht möglich. Ich möchte noch einen Passus aus einem Briefe des Major Wismann anführen; er schreibt, auf seinem Zuge ins Innere seien ihm die Eingeborenen haufenweis entgegen gelaufen und hätten ihn als Befreier von der blutigen arabischen Herrschaft begrüßt. (Hört! hört!) Auch hätten sie ihm reichlich Lebensmittel zugetragen, daß er sie nicht alle hätte verwenden können. Die Straße nach Bagamoyo sei von Karawanen überfüllt, was als ein Zeichen wiederkehrender Ordnung zu betrachten sei. Ich darf hoffen, daß Herr Wismann mit Gottes Beistand weitere Erfolge erringen wird. Die bedauerlicher Weise nöthig gewordenen Eclaircissements werden der Herr Kommissar, der nach mir das Wort ergreifen wird, Ihnen darzulegen und zu rechtfertigen suchen. (Lebhafter Beifall.)

Bundeskommissar Major Giesert: Aus der Nachtragsforderung für die Wismann'sche Expedition ist weder der Regierung noch dem Kommissar Herrn Major Wismann ein Vorwurf zu machen. Man hätte für die Voranschläge gar keine Erfahrungen und keinen Anhalt. Major Wismann hatte als wissenschaftlicher Reisender mit einer durch eine Gesellschaft gespendeten Summe von 50 000 M. Afrika durchquert, er war aber gegenüber dieser Expedition in Verlegenheit in Bezug auf die Schöpfung der dazu nöthigen Summe. Schon bei der Ausrüstung zeigte sich, daß die Veranschlagung zu niedrig war. Für die Schiffe, den Transport und die Küsterverbindung waren 841 000 M. nöthig, für die tropische Ausrüstung und die Akerung der Schiffe 337 000 M. Zu berücksichtigen ist, daß die Beschaffung der Schiffe in die ungünstige Jahreszeit fiel und sich verzögerte. Dagegen gingen die Anwerbungen im Sudan sehr schnell, so daß man in Port Said und Aden besondere Schiffe zum Transport der Angeworbenen hartem mußte. Sodann erfolgte der Abmarsch ins Innere und die Sicherung der Karawanenstraßen, namentlich derjenigen nach dem Tanganika-See, und es ist als ein großes Glück zu betrachten, daß Major Wismann einen Zug früher in Nympowa war, ehe die Briefschaften von Stanley und Emin Pascha eintrafen. Es ist ein Glück zu nennen, daß Wismann gleichsam als Triumphtor den wegemüden Wanderern entgegenkam und den Ermatteten Beispiegelungsmittel und Soldaten entgegenstücken konnte. Denken Sie einige Monate zurück, meine Herren, was wäre geschehen, wenn Sie die geforderten 2 Millionen für die Expedition nicht bewilligt hätten? (Beifall rechts.) Der Aufwand hätte um sich gegriffen, die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft wäre vertrieben gewesen, in unserem Schutzgebiete würde Raub, Mord und Brand geherrscht haben, und es hätte kommen können, daß die zurückkehrenden Forscher auf deutschen Gebieten erbrüht und ermordet worden wären. Schon bei dem Gedanken an diese Möglichkeit muß uns die Schamröthe ins Gesicht steigen. (Sehr wahr! rechts.) Die erzielten Erfolge berechtigen zu weiteren Hoffnungen. Durch einen Zug von Panpani aus muß an dem Schwiegerpater Buschiris Rache genommen werden, die ganze Sympie muß vernichtet und Salz auf die Stelle gestreut werden, wo jener Raubmörder geboren ist. Sodann gilt es die Bewältigung dreier südlicher Häfen, in deren einem, Kilma, noch die Köpfe der ermordeten Deutschen Krüger und Hessel an Stangen stecken sollen. Wenn diese Häfen genommen sind, dann wird es mit Kampf und Gewalt vorbei sein, und man wird sich in Gemeinschaft mit den Missionaren beider Konfessionen friedlichen Werken hingeben können. Ein Bamberger Kaufmann in Sansibar, der von der deutschen Kolonisation eher Schaden, als Vortheil hat, schreibt im Februar, also gerade in der gefährlichen Zeit, wo der Angriff Buschiris durch den Lieutenant von Graevenreuth abgeschlagen war, daß alle seine Zweifel an dem Erfolge der deutschen Expedition den besten Eindrücken gewichen seien. Die deutsche Herrschaft werde Ordnung schaffen und sich durch den Takt bei ihren Maßregeln Vertrauen schaffen, die vereinigten Parteien brauche ich wohl nur auf den nationalen, patriotischen und wirtschaftlichen Zweck dieser Unternehmungen zu verweisen, um ihre Zustimmung zu dieser Position zu erlangen. Das Zentrum hat sich in dankenswerther Weise an die Spitze des Kampfes gegen den Sklavenhandel gestellt, die Herren von der Linken zu überzeugen, das werden wir wohl nach der stattgehabten dreitägigen Kolonialdebatte aufgeben müssen. Ich erinnere an die Worte des Herrn Reichskanzlers, welcher erklärt hat, er halte sich nicht für ermächtigt, der einmal im Gange befindlichen Reichslokomotive Steine in den Weg zu legen, was von jenen Herren geschehe, welche entgegen dem Volkswillen der Kolonialpolitik feindlich gegenüberstehen. Ich, meine Herren, bin in meiner Stellung gewissermaßen der Beichtvater der Kolonialpolitik. Täglich erhalte ich Briefe aus allen Theilen Deutschlands von Männern der verschiedensten Berufe, welche Anstellungen in unseren Schutzgebieten suchen (Kufe links: Ja, Anstellungen!) oder sonstwie ohne und mit Kapital

an diesen Unternehmungen Theil nehmen wollen. Das deutsche Volk drängt nach Beschäftigung seiner überschüssigen Arbeitskraft auf überseeischem Gebiet auf deutscher Scholle. Ich bitte die Forderung zu bewilligen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Richter: Ich halte es für naiv, daß man hier Gesuche um Anstellungen in deutschen Schutzgebieten für einen Beweis der Opferfreudigkeit des deutschen Volkes für unsere Kolonialpolitik hält. Ich bedauere diese Leute, die entschieden mehr auf hohes Gehalt als gute Behandlung sehen, halte sie aber nur für Stellenjäger der bekannten Art. Vor dem Muth der Offiziere, welche an der Spitze der afrikanischen Expedition stehen, kann man gewiß Achtung haben und doch bedauern, daß so viel Muth und Kraft keinen höheren Zwecken dienlich gemacht wird. Die Zweifel, welche wir schon im vorigen Jahre geäußert haben, haben sich bestätigt, denn trotz der hohen Kosten — jeder Mann kommt auf jährlich 4000 M., die man lieber den nothleidenden kleinen Beamten zuwenden sollte, — ist die Ruhe in Ostafrika nur dort hergestellt, wo gerade die Wismann'schen Truppen weilen, die Karawanenwege sind nicht gesichert, und wir haben keinen Grund, uns in Missionen zu wiegen und die uns erwachsenden Opfer und Kosten zu unterschätzen. Noch weiß man nicht, was noch für das Etatsjahr 1890/91 gefordert werden wird. Und das Alles nur zu Gunsten der Ostafrikanischen Gesellschaft, die Rolle erhebt, die keine größere Berechtigung haben, als die Wegelagerer der Ritter im Mittelalter. (Lauter Widerspruch rechts.)

Abg. v. Kardorff (Rechts): Das praktische Resultat der Wünsche des Herrn Abg. Richter wäre, daß wir alle unsere Truppen herausziehen, die deutschen Bewohner dem Glende preisgeben und nach Hause zurückkehren. Daß das ein unhaltbarer Standpunkt ist, wird sich Herr Richter selbst sagen, selbst wenn er in seiner „Preis. Ztg.“ noch so oft vorpredigt, daß die Sache sich so verhält. Ich möchte nur ein Wort über die Noth des kleinen Beamtenstandes sagen, und nochmals feststellen, daß ich gerne einer Aufbesserung der Beamtengehälter zustimmen würde, weil die Beamten an dem allgemeinen Aufschwunge unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihrem Gehalte nicht theilnehmen und deshalb wirtschaftlich schlechter als früher gestellt sind. Aber ich habe nicht die Absicht, Herrn Richter zu folgen, sondern lediglich in Beziehung auf eine Dampfseilbahn nach Ostafrika eine Bemerkung zu machen. In den Motiven ist indirekt auf die Errichtung einer solchen Linie hingewiesen, und ich freue mich, Konstatieren zu können, auf Grund einer Mittheilung, die mir geworden ist, daß die betreffende Vorlage sich in den Ausschüssen des Bundesrathes befindet.

Abg. Windthorst: Es wäre besser gewesen, die Dampferangelegenheit nicht zur Sprache zu bringen, dasselbe kann ich auch Herrn Richter auf seine Angriffe gegen die Staatsposition erwidern. Ich bin der Meinung, daß wir die Konsequenzen der ersten Bewilligung tragen und den Forderungen zustimmen müssen. Wir dürfen mit unseren militärischen Eroberungen in Afrika zufrieden sein. Auch für die Sklaverei ist viel geschehen. Kein Mensch hat geglaubt, daß die Sache mit der Bewilligung von 2 Millionen abgethan sei. Ich erwarte eine Lösung der Frage von der Behauptung des Reichthums zwischen dem Reiche und der Ostafrikanischen Gesellschaft, für deren private Zwecke wir allerdings keine Gelder bewilligen wollen. Auch ich spreche dem Major Wismann, seinem Mitkämpfer Graf v. Meuth und der brandenburger Marine unseren Dank für ihr tapferes und ausdauerndes Verhalten aus. (Lebhafte Bravo.)

Abg. Gobrecht (links): Ich bin Mitglied des Verwaltungsrathes der Ostafrikanischen Gesellschaft, aber nicht mit Kapital theilhaftig, und will die Beamten der Gesellschaft in Schutz nehmen gegen die mohlojen Angriffe des Herrn Abg. Richter, welcher dieselben mit den Raubritten des Mittelalters vergleicht, während ihm bekannt sein mußte, daß die Erhebung der Fülle seitens der Gesellschaft auf einem Vertrage mit dem Sultan von Sansibar beruht. Was den Vorwurf anbelangt, die Gesellschaft habe sich selbst in die Lage gebracht, Unterstützung seitens des Reiches zu bedürfen, so entspricht derselbe nicht den Thatfachen. Nach den vorliegenden Berichten sind die Beamten der Gesellschaft maßvoll aufgetreten. Nur zwei kleinere, nicht in Betracht kommende Exzesse sind vorgekommen. Nach vierzehn Tagen, nachdem die Beamten ihre Stellungen eingenommen, brach ein wohlorganisierter Aufstand aus, der die Beamten zur Flucht zwang. Ein großer Theil der arabischen Aristokratie lebt vom Sklavenhandel, sie wußten, daß dieses durch die Deutschen unterdrückt werden sollte und deshalb hatten sie den Aufstand organisiert. Die Bewegung gegen den Sklavenhandel war auch die Ursache zur Abendung der Wismann'schen Expedition, die Vortheile, welche aus ihr der Gesellschaft erwachsen, hängen damit zusammen, daß nach Herstellung des Friedens die Gesellschaft ihre Geschäfte besser erledigen kann. Dann dürfte auch der aus den Füllen der Gesellschaft zufließende Ueberschuss zur Deckung der fortdauernden Ausgaben ausreichen.

Die Nachtragsforderung wird gegen die Stimmen der Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten bewilligt. Die Weiterberatung wird vertagt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Bankgesetz).
Schluß gegen 5 1/2 Uhr.

Kommunales.

Stadtorordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 28. November.
Der Stadtorordnete-Vorsitzer, Stadtv. Dr. Stryp, eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Die Abtheilungen haben drei Ausschüsse gewählt. Die Einführung des am 27. Februar d. J. gewählten Stadtv. Ziehens findet in der üblichen Weise statt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden zunächst eine Reihe unwesentlicher Magistratsanträge debattelos angenommen.

Die Erwerbung der zur Freilegung der Straßen innerhalb des Terrains zwischen Wassergasse, Inlet, Wall- und Spreuerstraße erforderlichen Flächen wird beschlossen.

Die Erwerbung des von dem Grundstück Schönhauser Allee 176 zur Straßenregulierung erforderlichen Terrains wird genehmigt.

Der Verkauf der städtischen Bauparzelle Dieffenbachstr. 12 wird beschlossen.

Drei Anträge des Magistrats, den Bau zweier Gemeindegewerkschulen und einer höheren Bürgerschule betreffend (die Kosten belaufen sich auf ca. 1 1/2 Millionen M.) liegen vor. Der erste Antrag wird angenommen, die beiden anderen gehen an einen Ausschuss.

Die Vorlage betr. die Durchlegung der Zimmerstraße durch den Garten des Kriegsministeriums (Die näheren Bedingungen dürften bekannt sein.) wird debattelos angenommen.

Die Anträge des Stadtv. Dr. Hermes, betreffend die Anlage von Stallungen für den Stadtbahnhof an der Georgenstraße, die zu großen Belästigungen der Anwohner und Passanten durch üblen Geruch geführt haben, wird vom Magistrat dahin beantwortet, daß derselbe keine Kenntniz von der Anlage der Stallungen gehabt habe. Die Genehmigung ist vom Polizei-Präsidenten auf 3 Jahre ertheilt worden. Eine Petition der Anwohner der dortigen Gegend ist dem Polizei-Präsidenten vom Magistrat übermittelte worden.

Der Stadtv. Meyer I und 46 weitere Stadtorordneten bringen folgenden Antrag ein:
Unter Ueberschreibung des anliegenden Pamphlets mit der

Ueberschrift „Wähler des 17. Kommunal-Wahlbezirks“ beantragen wir: Die Stadtorordneten-Versammlung wolle beschließen, wegen des in diesem Blatte enthaltenen Satzes: „Auch die Berliner Stadtorordneten-Versammlung können wir, um mit jenem Lyriker zu reden, als eine Oberfläche von bläulich schimmerndem Glanz betrachten, unter welcher sich aber nicht nur etwas Schmutz und Morast, sondern ganze Berge davon befinden, in denen alles mögliche Ungeheuer hauset, welches sich in jenem Schlamm als seinem ureigensten Lebenselement so außerordentlich wohl fühlt und daher auch nicht so sehr fürchtet, als daß entschlossene, thatkräftige deutsche Männer sich an die Herkulesarbeit heranmachen, um den Augiasstall auszumisten“ gegen den Ingenieur Dr. Wilh. Haberlein, die sämtlichen Unterzeichner des Flugblattes, den Drucker, sowie alle diejenigen, welche als Verleger oder sonst bei der Herstellung und Verbreitung der Druckschrift theilhaftig waren, den Strafantrag wegen Beleidigung der Stadtorordnetenversammlung, bezw. Theilnahme, Herstellung und Verbreitung zu stellen, resp. sich mit der Verfolgung einverstanden zu erklären.

Stadtv. Meyer I: Das antisemitische Flugblatt stelle Aufhebung der Bürger gegen die Bürger, Entstellungen der Thatfachen, Beleidigungen der größten Art dar. Es handele sich bei seinem Antrag auf Strafverfolgung nicht darum, die Kritik, auch die strengste, einzuschränken. In dem Flugblatt sei aber keine Kritik enthalten, sondern nur Schmähung und Aufschmähung gehäuft. Der Hinweis auf Reichstag und Abgeordnetenhaus, die niemals Anträge auf Strafverfolgung wegen Beleidigung zustimmten, weil sie zu vornehm von sich selber dächten, sei hier nicht zutreffend. Die Verbindung zwischen Bürgerchaft und Stadtorordneten-Versammlung sei enger, persönlicher, als zwischen den Wählermassen und den Parlamenten. Unter dem Pamphlet ständen die Namen gebildeter Leute, die Namen von Doktoren und Beamten, um so schwerwiegender sei nun die Beleidigung. Hier müsse der reinen Sucht zu schmähen eine energische Schranke gezogen werden.

Stadtv. Virchow erklärt sich gegen den Antrag. Er gehöre durchaus nicht zu denjenigen, welche glauben, daß man sich in dieser Welt alles gefallen lassen müsse. Aber der Umstand, daß im Allgemeinen öffentliche Körperschaften Strafanträge wegen Beleidigung nicht stellen, gebe zu denken. Es liegt eine tiefe Weisheit darin, daß man sich nicht um eines jeden schmutzigen Menschen willen an die Öffentlichkeit setzen läßt. In dem ganzen Flugblatt sind nur Schimpereien enthalten, kein thatsfächlicher Beweis ist angeführt worden. Man solle sich damit begnügen, das Pamphlet tiefer zu hängen. Uebrigens sei zu bedenken, daß diejenige Behörde, an welche man sich bei einem gerichtlichen Vorgehen zunächst zu wenden haben habe, der beleidigten Majorität der Versammlung nicht sehr wohlwollend gegenüber stehe.

Stadtv. Wieck bittet den Antrag anzunehmen, um den Beweis zu führen, daß die Versammlung keine Furcht vor einem gerichtlichen Verfahren habe.

Stadtv. Singer: Wenn ich mich gegen den Antrag erkläre, so geschieht es, weil meine Ansichten ganz konform mit dem des Stadtv. Virchow sind. Mit jenem Flugblatt, das in einer ebenso bilderreichen wie „geschmackvollen“ Sprache abgefaßt sei, will ich mich nicht besonders befassen. Dagegen verbitte die ganze Frage vom prinzipiellen Standpunkt aus betrachtet zu werden. Meines Wissens ist es ja auch das erste Mal, daß die Versammlung vor eine solche Frage gestellt ist, und deshalb ist es nothwendig, über den einzelnen Fall hinaus sich mit der Frage prinzipiell zu beschäftigen. Und da muß ich denn erklären, daß es mit meiner Auffassung der Pressefreiheit nicht übereinstimmt, wenn eine Körperschaft aus einer Beleidigung heraus, so unberechtigt sie auch ist, für sich das Recht in Anspruch nehmen wollte zu klagen. So sehr der Einzelne berechtigt und verpflichtet ist, die gegen ihn persönlich gerichteten Beleidigungen gerichtlich zu verfolgen, so wenig besteht für eine Körperschaft eine solche Verpflichtung. Die Stellung der Stadtorordneten-Versammlung bedarf nicht des Schutzes des Gerichtes. Dann aber glaube ich auch, sollte die Auffassung Ihrer Parteigenossen in anderen öffentlichen Körperschaften für Sie maßgebend sein. Wir haben durchaus keine Ursache, uns auf ein niedrigeres Niveau zu stellen, als die Parlamente. Durch diese Schimpereien — Beleidigungen kann man sie gar nicht nennen — braucht sich die Stadtorordneten-Versammlung nicht veranlaßt zu sehen, richterlichen Schutz in Anspruch zu nehmen. Eine besondere Genehmigung wird wohl auch keiner von uns empfinden, wenn irgend eine Verurtheilung der Beleidiger erfolgt, und eine veränderte Auffassung der Herren wird durch einen Richterspruch wohl auch nicht erzielt werden. Das, was jeder anständige Mensch beim Lesen dieses Flugblattes empfindet, brauchen wir uns von dem Richter nicht noch bestätigen zu lassen. Sachlich liegt also kein Grund vor, den Antrag Meyer I anzunehmen. Herr Meyer machte aber auch noch einen Unterschied zwischen „gebildeten“ und „ungebildeten“ Beleidigern. Soweit ich die Kreise kenne, die man mit Unrecht „ungebildet“ zu nennen beliebt, muß ich doch erklären, daß bei ihnen ein Flugblatt in dieser Sprache unmöglich ist. Es erfüllt mich mit größtem Stolz festzustellen, daß in meiner Partei, die es an sachlicher Schärfe wahrlich nicht fehlen läßt, solche Flugblätter ein Ding der Unmöglichkeit sind. Die Ehre, derartige Kampfmittel zu benutzen, lässe ich jenen Herren; die Ehre aber, sie zu verklagen, erweise ich ihnen nicht.

Stadtv. Bornemann vertritt den Standpunkt des Stadtv. Meyer I.

Stadtv. Irmer erklärt im Namen aller seiner Parteigenossen, daß er die Sprache des Flugblattes tief verurtheilt, glaubt aber doch hervorheben zu müssen, daß die Schärfe des Flugblattes durch die Verbitte-rung der Parteikämpfe, an der alle Parteien gleichmäßig Schuld trügen, veranlaßt worden sei. Redner versteht nicht, wie der Stadtv. Virchow der Staatsanwaltschaft Parteilichkeit vorwerfen könne; Staatsanwaltschaft und Gericht seien für jede Partei gleichmäßig da.

Stadtv. Krumann wünscht die gerichtliche Verfolgung der Verleumdung, um denselben einen Dentsettel zu geben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Von dem Stadtv. Meyer II ist folgender Antrag auf motivirten Uebergang zur Tagesordnung eingelaufen:

„Die Stadtorordneten-Versammlung beschließt in Erwägung, daß das die Stadtorordneten-Versammlung beleidigende Flugblatt von allen Seiten des Hauses die strengste förmliche Verurtheilung erfahren hat und somit der Zweck der heutigen Debatte vollkommen erfüllt ist, über den Antrag Meyer I zur Tagesordnung überzugehen.“

Dieser Antrag wird mit großer Majorität angenommen. Der Antrag Meyer I ist damit gefallen.

Auf die Anträge des Stadtv. Kalisch, betreffend den Verkauf von Fleisch aus der Abthekerei, erklärt der Vertreter des Magistrats, ein solcher Verkauf sei nach den angestellten Ermittlungen nicht vorgekommen. Stadtv. Kalisch ist durch diese Antwort nicht befriedigt und behält sich vor, in nächster Sitzung einen Antrag einzubringen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Schluß 8 1/2 Uhr.

Lokales.

In eigener Sache. Gestern Abend fand in den Räumen unserer Redaktion, Expedition und dem Seegeraale eine polizeiliche Durchsuchung nach dem Manuskript der Berichte des Zentral-Verbandes deutscher Zigarrenfabrikanten, die wir unter dem

Titel „Unternehmerrthum und Arbeiter“ veröffentlicht hatten. Es wurden die gerade im Satz befindlichen Theile des vierten Briefes in polizeiliche Verwahrung genommen. In der Redaktion und Expedition wurden diejenigen Beilagen beschlagnahmt, in welchen Briefe des genannten Vereins zum Abdruck gelangt waren. Dem Redakteur wurde durch richterlichen Beschluß bei einer Strafe von dreitausend Mark für jeden Kontraventionsfall der fernere Abdruck der Reiseberichte untersagt.

Es wird bei der demnächstigen ordentlichen Gerichtsverhandlung klar gestellt werden, ob in der That ein Vergehen gegen das Gesetz vom 11. Juni 1870 vorliegt. Vorläufig erscheint uns die Sache im höchsten Grade zweifelhaft — unzweifelhaft aber ist es, daß die deutschen Großindustriellen nicht nur mit ihren werthen Persönlichkeiten sondern auch mit ihren Ansichten am liebsten „unter sich“ bleiben. Wir glauben gern, daß es jenen Herren recht peinlich war, daß ihre innersten Gefühle einer größeren Öffentlichkeit preisgegeben wurden; das konnte uns jedoch nicht abhalten, von einem an verschiedene Personen versandten Schriftstück den uns passend scheinenden Gebrauch zu machen.

Maßregeln. Am letzten Sonnabend wurden die Arbeiter Köhler und Kuschlow aus der Filzschuhfabrik von Hing, Waldemarstr. 45, plötzlich entlassen, obgleich der erstere dort 10 1/2 Jahr und der letztere 7 Jahre gearbeitet hatten. Als Grund gab der Herr Fabrikant an, daß er nicht mehr mit ihnen auskommen könne. Acht Tage vorher hatte der Herr Dinge eine Geburtsfeier veranstaltet, zu der er seine Arbeiter eingeladen hatte. Bei dieser Gelegenheit hielt er ihnen eine große Rede, die nicht den Beifall aller Theilnehmer fand. Köhler erlaubte sich einige Worte zu erwidern und fand hierbei die Zustimmung seines Kollegen Kuschlow. Der folgende Lohntag brachte beiden die Entlassung. Die flotte Geschäftigkeit ist in der Branche jetzt vorüber und die Entlassenen können nun, kurz vor Weihnachten, sehen wo sie bleiben. Das ist der Lohn nach jahrelanger Thätigkeit.

Das räthselhafte Verschwinden eines jungen Mädchens hat, wie die „B. W.“ berichtet, die Angehörigen derselben in größte Besorgniß versetzt. Die unter so eigenartigen Umständen verschwundene wohnte bei ihren Eltern in der Prenzlauerstraße; sie ist eine hübsche Person im Alter von erst 18 Jahren. Sie wurde in der letzten Zeit öfters in Begleitung eines älteren eleganten Herrn gesehen, der sie aus einem Konfektionsgeschäft in der Friedrichstraße, in welchem sie konditionirte, öfters abholte. Seit dem vergangenen Sonntag, an welchem das Mädchen die elterliche Wohnung verließ, ist es darhin nicht mehr zurückgekehrt. In dem Geschäft, in welchem man Nachfrage hielt, wurde erzählt, daß das Mädchen am Sonntag Vormittag alle ihr gehörenden Gegenstände an ihre Kolleginnen theils verkauft, theils verschenkt habe. Die Eltern haben am Montag die Polizei von dem Vorfall in Kenntniß gesetzt, aber auch diese hat bisher über den Verbleib des jungen Mädchens noch nichts ermittelt. An eine Fremdenübernahme hat die Verschwindene vom Schlesischen Bahnhof aus einen mit Bleistift geschriebenen Brief abgefaßt, in welchem sie sagt, daß sie eine größere Reise unternahme und Wilmersdorf sei, nie mehr nach Berlin zurück zu kehren. In dem Briefe ist als Grund für dieses Vorhaben eine geheimnißvolle Angelegenheit, die zwischen ihr und ihrem Vater gespielt hat, angegeben.

Eine schmerzliche Ausrenkung des Schultergelenks ist der fünfjährigen Tochter des Schneidemeisters R. in der Waldemarstraße dadurch zugefügt worden, daß das Kind an der Hand von der Bordschwelle auf den Straßenrand gehoben wurde. Das Kind war mit einem dicken Mantel bekleidet, der eine freie Bewegung erschwerte und bei dem allerdings unvorsichtigen Aufheben des Kindes an der Hand drehte sich dasselbe in halber Kreiswendung herum, schrie laut auf und konnte den Arm nicht mehr bewegen, hielt denselben vielmehr behändig in die Höhe. Der sofort ausgesuchte Arzt erkannte die Verrenkung des Schultergelenks und es wurde die Einrenkung vorgenommen, nachdem das Kind, der mit der Prozedur verbundenen Schmerzen wegen vorher betäubt war.

Polizeibericht. Am 26. d. M. Nachmittags wurde der Stallmann Rosemann auf dem Grundstück Sellenstr. 11 beim Pufen eines Pferdes von demselben gegen die Brust geschlagen und erlitt dadurch eine so schwere Verletzung, daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte.

Gerichts-Beilage.

Die geheimnißvolle Angelegenheit des Zigarrenhändlers Johannes Bobbe, der in seinem Hause Birkenstr. 20 gemietheten Laden eine Art Menschenfalle herrichtete, bildet noch das tägliche Gesprächsthema. Thatfache ist, daß Bobbe eine böse Vergangenheit hat und daß er mit schweren Geldverlegenheiten zu kämpfen hatte. Seine Behauptung, daß er die ganze Summe reichlich erdachte Einrichtung mit der Falltür und der darunter befindlichen Grube nur hergestellt hat, um sich einen Aufbewahrungsort für Zigarren zu schaffen, verdient wenig Glauben, vielmehr ist im Publikum allgemein die Ansicht vorherrschend, daß es Vorderretungen sind, um gelegentlich einen Kassenbot oder sonst einen Menschen, bei dem Geld zu vermuten ist, verschwinden zu lassen und zu berauben. Bobbe sitzt vorläufig wegen Verdachts vorfälliger Brandstiftung in Untersuchungshaft und dürfte vielleicht Aufklärung in die Angelegenheit kommen, wenn die Verhandlung vor dem Schwurgerichte stattfindet.

Tausend Mark unterschlagen zu haben wurde dem pensionirten Steuerzahler Albert Haupt aus Berlin beschuldigt, der am Mittwoch vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. stand. Derselbe war längere Zeit Verwalter mehrerer Häuser in Charlottenburg gewesen, die der Norddeutschen Boden-Kreditbank zu Berlin gehörten. Am 13. Mai d. J. einem Montage, erliefen H. in der Bank und machte Meldung, daß er am Sonnabend vorher nach Berlin gekommen sei, um wegen der Miete abzurechnen. Er habe 1223 Mark bei sich geführt, 223 Mark in Geld und Kourant und tausend Mark in Papiergeld, welches er in einer Brieftasche eingeschlossen, in der äußeren Brusttasche seines Rockes getragen habe. Diese Brieftasche mit dem Gelde sei ihm gestohlen worden. Es konnte dies nur in dem Gebäude auf dem Stadtbahnhof Friedrichstraße geschehen sein, denn bis dahin habe er die Brieftasche noch gehabt und in der Straße unter den Linden habe er denselben bemerkt. Die Bankbeamten fanden dieser Darstellung sehr skeptisch gegenüber, sie veranlaßten jedoch den Angeklagten, bei der Kriminalpolizei Meldung zu machen, was er bisher unterlassen hatte. Auch die Kriminalbeamten glaubten nicht an einen Diebstahl, und da ermittelt wurde, daß H. sich zur Zeit in großer Geldverlegenheit befand, so wurde er wegen Unterschlagung unter Anklage gestellt. In der Hauptverhandlung wurde nun erwiesen, daß H. die wohlhabenderen Mütter der von ihm verwalteten Häuser anuspinnen versagte. Bei Besuchen dieser Art trug er stets die Brust voller Orden und Ehrenzeichen, um, wie angenommen wird, sich in ein möglichst gutes und vertrauenswürdiges Licht zu setzen. Einem armen Portier bei er seine ganzen Ersparnisse von 700 M. abborgte, einem alten Schloffer, der in seinem Hause wohnte, 300 M., und obwohl er diese Summe noch nicht zurückgezahlt hatte, wollte er den

haben doch zu der Zeit, als ihm das Geld gestohlen worden sein sollte, noch um 1000 M. anpumpen, um, wie er sagte, der Zeit den Schaden zu ersparen. Es kam hinzu, daß er um dieselbe Zeit große Ausgaben gemacht hatte. Allerdings sagte der Richter des vom Angeklagten bewohnten Hauses aus, daß ihm H. in sein Zimmer gerufen habe, als er zur Bank wollte, da habe er das Geld auf dem Tische liegen sehen und beobachtet, wie H. das Papiergeld in seine Brieftasche und diese in die äußere Brieftasche steckte. Der Staatsanwalt erwiderte in diesem Umstande nur ein Mandat, das der Angeklagte in einem Geheiß habe, um sich einen Zeugen zu schaffen, der befunden konnte, daß er mit dem Gelde fortgegangen sei, um den angeblichen Diebstahl wahrscheinlicher zu machen. Er beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf Grund eines non liquet auf Freisprechung. Die Unschuld des Angeklagten sei zwar keineswegs erwiesen, im Gegentheil sei derselbe nach der Unterschlagung verdächtig, aber auch die Schuld in nicht derartig außer allen Zweifel gestellt, daß sich eine Verurteilung rechtfertigen lasse.

Zwei Einbrecher der gefährlichsten Sorte wurden gestern durch Urteil der dritten Strafkammer des Landgerichts I für längere Zeit unerschädlich gemacht. Es waren der Posamentier Otto Lüdecke und der Arbeiter Wilhelm Lütj, welche ihre Verurteilung nach Drogen zu zahlen. Lüdecke verurteilt eine siebenjährige Zuchthausstrafe in Sonnenburg und verabredete hier mit seinem Genossen Lütj gemeinsames „Arbeiten“, nachdem sie in Freiheit gesetzt waren. Dies geschah im Juli und die beiden Einbrecher sind denn auch außerordentlich fleißig gewesen. Es fallen ihnen drei gemeinschaftlich ausgeführte schwere und drei versuchte Diebstähle zur Last, die Lüdecke's Konto kommen dann noch extra zwei Einbrüche und ein Versuch. Dieser war auch geständig und sah er mit Gleichmuth der zu erwartenden schweren Strafe entgegen. Zunächst versuchte er sogar noch einen schweren Diebstahl auf sich zu nehmen, den ein Anderer, der Schlächtergehilfe Arndt, ausgeführt, der Gerichtshof ließ sich aber nicht hinter's Licht führen. Das Urteil lautete gegen Lüdecke auf zehn, gegen Lütj auf acht Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Unter der Anklage der fahrlässigen Eödtung stand gestern der Vierfaher Karl Albert Koloff vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Am Nachmittag des 3. August d. J. fuhr der Angeklagte mit seinem einspännigen Hahnenbierwagen durch die Prenzlauer Allee. Er war gestoppt, sich dicht neben der Bordstange auf der rechten Seite des Fahrdammes zu halten, denn in gleicher Höhe mit ihm fuhr ein Omnibus, der den noch bis zu den Pferdebahngleisen verlaufenden Platz einnahm. Kurz vor der Linienstraße hielt der Omnibus und der Angeklagte, welcher in letztere Straße einbiegen wollte, bog nach links herüber, um an dem Omnibus vorbeizukommen. Hierbei machte der hintere Theil des Wagens eine schließende Bewegung nach der Bordstange und traf einen vierjährigen Knaben, der die Beine herunterhängen ließ, auf denselben sah. Das Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es am folgenden Tage an Verblutung starb.

Die Fahrlässigkeit des Angeklagten erblickte der Staatsanwalt darin, daß derselbe die Anwesenheit des Knaben entgangen war, er beantragte gegen denselben ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof beurtheilte die Sache milder, indem er nur auf drei Monate Gefängnis erkannte.

Eilberfelder Sozialistenprozess.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Bebel: Ich werde später noch den Abgeordneten Singer leben lassen. Besteht in Kassel, dem Wohnort des Zeugen, eine geheime Organisation?

Pfannkuch: Es waren dort zwei Geheimbundsvereine. Als Zeuge habe ich ausgesagt, daß ich keine Kenntnis von der geheimen Verbindung gehabt, und der Gerichtshof hat mir vollen Glauben geschenkt. Ich kenne mich nicht mit der Verbreitung des „Sozialdemokrat“. Wenn hier eine einzige Person den „Sozialdemokrat“ empfängt, so werden er und die Absender wegen geheimer Verbindung bestraft.

Bebel: So lag der Fall in Kassel.

Müller: Habe ich mit der Fraktion oder Pfannkuch Korrespondenz?

Pfannkuch: Nein. Ich habe nur einmal einen Brief aus Eilberfeld erhalten, wenn ich mich nicht irre von Harm.

Staatsanwalt: Der Angeklagte Schumacher hat in der Voruntersuchung anders ausgesagt, als in der Verhandlung. Seine erste Angabe wird durch das Zeugnis Pfannkuch's bestätigt.

Pfannkuch: Die Verpöckelungs-Angelegenheit wurde zwei Mal von Harm angeregt und Liebknecht übernahm es freiwillig, zu veranlassen, daß das, was die Redaktion gebührt, wieder gut gemacht werde.

Bebel: Ich würde sofort nach Zürich schreiben, wenn ein mir bekannter Ehrenmann auf der „Schwarzen Liste“ stünde. In der Fraktion wurde über die Verpöckelungs-Angelegenheit gesprochen und erklärt, man wolle sich mit der „Schwarzen Liste“ nicht befassen.

Schumacher: Die „Schwarze Liste“ habe ich erst hier beim Präsidenten gesehen, sonst nie.

Pfannkuch (auf Befragen des Präsidenten): Am St. Gallener Kongress konnte jeder Parteigenosse Theil nehmen. Das Kassel war Niemand dort.

Der Staatsanwalt erklärt sich gegen die Vertheidigung des Zeugen.

Die Vertheidigung wünscht die Vertheidigung. Auch andere Zeugen, die sich als Sozialdemokraten bekannt, sind verurteilt worden.

Der Zeuge wird verurteilt.

Zeuge Glaser, Kaufmann aus Barmen (verurteilt): Vor etwa drei Jahren kam ein Annonzen-Sammler der „Fr. Pr.“ zu mir und erlachte um ein Darlehen für dieselbe. Harm trat nicht in Verbindung mit mir.

Harm: Der Betreffende hatte von mir keinen Auftrag.

Zeuge Woll, Kaufmann in Barmen (verurteilt): Vor ungefähr 4 Jahren wurde an mich das Ansuchen gestellt, mich an der Gründung eines freisinnigen Blattes zu beteiligen. Ich leistete 100 M.

Zeuge Klapp (verurteilt): Ich war Gehilfe bei Gustav Fintel. Ob er Sozialdemokrat, wußte ich nicht. Seine Besucher kannte ich nicht. Wahlzettel wurden zu Fintel gebracht. Den „Soz.“ habe ich bei ihm nicht gesehen. Blätter hat Fintel an Arbeiter gegeben. (Auf Befragen): Wegen meines Zeugnisses hat Niemand mit mir gesprochen. Sonntags Morgens vor der Wahl haben Arbeiter Flugblätter von Fintel abgeholt.

Fintel: Das war Makulatur. Stimmzettel habe ich in der Badstube ausgegeben.

Klapp: Von den Flugblättern habe ich keines gelesen. Was in den Paketen war, weiß ich nicht.

Fintel: Das waren Stimmzettel.

Klapp (auf Befragen): Ich habe mit Niemand wegen des Zeugnisses gesprochen. Auf dem Tisch lagen Pakete. Ob es Flugblätter waren, weiß ich nicht. Vorher habe ich Flugblätter gelesen von verschiedenen Parteien. Fintel hat mit mir über die Sozialdemokratie gesprochen. Die Pakete waren fest verschlossen, vollkommen verpackt.

Rechtsanwalt Lenzmann: Auch meine Partei verpackt die Stimmzettel zu Hunderttausenden.

Fintel: Ich hatte zweihunderttausend Stimmzettel zu Hause.

Zeuge Herberich, Kleinschmidt aus Hintersubberg: Das Zeugnis-Protokoll wurde mir unterwegs gegeben von einem Un-

bekanntem. Von geheimen Versammlungen ist mir nichts bekannt; ich habe wohl davon gehört. Ich glaube die Broschüre für 25 Pf. gekauft zu haben. Es kann auch sein, daß ich ein Exemplar des „Soz.“ hatte, von wem kann ich mich nicht mehr denken.

Vertheidiger: Ich bitte den Staatsanwalt, von der Vernehmung der Zeugen Abstand zu nehmen, die in Untersuchung waren.

Staatsanwalt: Die Leute sind außer Verfolgung gesetzt.

Verth.: Sie waren aber verdächtig, sonst hätte die Klage nicht erhoben werden können.

Der Gerichtshof beschließt, den Zeugen nicht zu verurtheilen.

Zeuge Buchenau (verurteilt): Gilles kam 1885 zu mir in Gesellschaft verschiedener Herren und erzählte mir die Vorgeschichte der „Freien Presse“. Es handelte sich hierbei um den Geldpunkt. Schließlich gab ich das Versprechen, ihm Kredit einzuräumen. Wie viel Geld ich gegeben, weiß ich nicht. Nach dem Weggang Gilles hatte ich mit der „Freien Presse“ nichts zu thun. Kallenbach war ein rabiatere Sozialdemokrat und hätte für die „Freie Presse“ Alles hergegeben. In seinem Auftrage überbrachte ich das Geld. Bei Morian war ich mit Gilles. Unten war es rauschig; deshalb gingen wir nach oben. Ich glaube, es war auch ein Liebespärgelchen im Lokal. Gilles redete immer, in Versammlungen oder sonstwo. Ich habe 30 M. gegeben. Noch mehrmals wurde in meiner Anwesenheit über die „Fr. Pr.“ gesprochen.

Die Verhältnisse waren Stadtgespräch. Dr. Schönland war in Eilberfeld; ich war mit ihm zusammen. Versammlungen wegen der „Freien Presse“ fanden wohl in der Weise statt, daß einige Personen, auch Demokraten, zusammenkamen. Es wurde wohl der Gedanke angeregt, die „Fr. Pr.“ unter eine Pseudonym-Firma zu stellen. Darm war aber stets dagegen; die „Freie Presse“ sei sein Privateigentum. (Auf Befragen Bebel's:) Weber war mein Nachbar und zeigte sich als warmer Sozialdemokrat. Im letzten Jahr kam er in den Verdacht, Spindel zu sein. Durch eine Kriegerliste gelang es mir, von ihm vor einem Monat das Beständnis zu erhalten. (Auf Befragen Bebel's über die Verhältnisse:) Morgen wird ja Weber selbst vernommen. Ich werde jede Frage beantworten, die zur Entlastung der Angeklagten dient. Weber erzählte mir, er habe die Gefälligkeiten Wilsing's in Anspruch nehmen müssen. Dieser habe es ihm als eine Ehrenpflicht des Patrioten hingestellt, die Sozialdemokraten zu überwachen. Seine Mittheilungen würden, das habe ich Wilsing unter Ehrenwort versichert, nie dazu dienen, Leute in's Unglück zu stürzen. Im Verkehr mit den Leuten sei er (Weber) selbst Sozialdemokrat geblieben. (Auf Befragen der Vertheidigung): Weber persönlich hatte nichts Strafbares gethan, sondern sein Schwager Stude ein Sittlichkeitsverbrechen begangen.

Der Vertheidigung wird Einsicht in die betreffenden Akten gestattet.

Der Zeuge wird vorläufig entlassen.

Verth.: Entweder muß das Gericht über die Ernährung der Angeklagten Beschluß fassen oder von der Anwesenheit der Angeklagten absehen, auch wenn gegen diese verhandelt wird.

Präsident: Ich kann keinen der Angeklagten offiziell entlassen. Privatim werde ich dem Vertheidiger meine Ansicht mittheilen.

Um 2 Uhr wird die Verhandlung auf Donnerstag, den 28. November, Morgens 9 Uhr, verlag.

Soziale Uebersicht.

An die Arbeiter Deutschlands! Die unterzeichnete Streikkommission unterbreitet Euch hiermit folgenden Sachverhalt. In der Goldleistenfabrik von Meißow u. Co., Berlin, Köpcke'str. 109a, waren 40 Kollegen gezwungen, am 25. Nov. die Arbeit niederzulegen, und zwar aus dem Grunde, weil wir zu dem dort herrschenden Markensystem und den Strafgebern, womit wir schon lange nicht mehr einverstanden waren, endlich Stellung genommen haben. Unsere gerechte Forderung wurde uns jedoch nicht bewilligt, im Gegentheil ein Kollege, von dem man glaubte, daß er sich in dieser Sache besonders hervorgethan habe, wurde gemäßregelt. Wir sahen uns daher genöthigt, uns mit unserem Kollegen solidarisch zu erklären und die Arbeit niederzulegen. Wir haben beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis folgende Punkte bewilligt sind: 1. Abschaffung des Markensystems nebst den damit verbundenen Strafgebern; 2. Einstellung unseres gemohregelten Kollegen; 3. Entlassung eines Werkführers. Ihr werdet zugeben, daß hoher Muth dazu gehört, angesichts der bevorstehenden Feiertage in einen Streik einzutreten. Aber es handelt sich hier um eine Prinzipienfrage und wir halten diese für geeignet, die allgemeine Aufmerksamkeit auf diesen Punkt zu lenken. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Briefe sind zu richten an Wilsing, Rummelsburg (Berlin), Schillerstr. 4. Die Streikkommission der Vergolder und Fachgenossen Berlins. J. A. Wilsing.

Verksammlungen.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des 6. Berliner Reichstagswahlkreises fand am Donnerstag, den 22. November, in Lehmann's Salon statt. Auf der Tagesordnung stand: Vorstandswahl, Kassenbericht, Vortrag des Herrn Birch: Das Recht auf Arbeit. Verschiedenes, Fragekasten. Der Kassenbericht ergab folgendes: Einnahme: 266 Eintrittsgelder a 30 Pf. = 7980 M., 1064 Beiträge a 20 Pf. = 21280 M., durch Zellersammlung 640 M., Summa 299 M. Dazu alter Bestand 38,69 M. Gesamteinnahme 337,69 M. Ausgabe. An Druckkosten und Utensilien 49 M., für Saalmieten und Säulenanschlag 84 M., für Annoncen im „Berliner Volksblatt“ und „Volks-Tribüne“ 98,80 M., Porto 1940 M., diverse Unkosten für Verammlungen und für Referenten 81,55 M. Summa 332,75 M. Also Einnahme 337,69 Pf., Ausgabe 332,75 Pf., bleibt Kassenbestand 4,94 M. Dieser Kassenbestand wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassirer Decharge erteilt. 2. Punkt. Vorstandswahl. Es wurden folgende Herren gewählt: Grnh, Schriftföhrer, Hufitenstr. 88, 1. Vorkämpfer; Weis, Tegelerstraße 27, 2. Vorkämpfer; Marzahn, Schloffer, Birkenstr. 46, 1. Kassirer; Reichelt, Schloffer, Svinemünderstr. 66, 2. Kassirer; Schwabe, Maurer, Waldstraße 4, 1. Schriftföhrer; Fuchs, Schuhmacher, Zionskirchplatz Nr. 3, 2. Schriftföhrer; Bath, Weisiger und Graenich, Fintel, Schneider, Revisoren. — Hierauf trat man in den 3. Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Herrn Birch ein. Redner meinte, eines der ersten Rechte, die der Mensch habe, sei das Recht zum Leben, und es würde das auch in allen Staaten anerkannt mit Ausnahme Chinas, wo man Kinder unter 12 Jahren aussetzen darf. Das Recht zum Leben und das Recht zum Arbeiten gehört beim Arbeiter zusammen. Beim Rentier ist es allerdings anders. Wie wird nun das Recht auf Arbeit vertheilt, und wie wird es anerkannt? Redner verliet interessante Statistiken über englische Arbeiterverhältnisse. In Deutschland giebt es leider keine derartige Statistiken, unsere Abgeordneten haben im Reichstag schon oft darauf hingewiesen. Die verwirklichen nur die

sogenannten leitenden Kreise das Recht auf Arbeit? Man hat auf privatem Wege Arbeiterkolonien gegründet und von Seiten des Staates ist noch viel weniger gethan. Giebt es doch Gesetze, die die Arbeitslosigkeit bestrafen. In Preußen giebt es allein 5 Korrektionshäuser, davon hat das größte zwölftausend Gefangene, und das sind alles Leute, die durch Arbeitslosigkeit dahin gebräut worden sind. Wieviel Menschen giebt es, die durch die Noth, der Verhältnisse gezwungen werden, betteln zu gehen, weil sie keine Arbeit bekommen können. Verlangt man doch jetzt im Reichstage Abschaffung der Frauenarbeit und Einführung des elfstündigen Arbeitstages. Dadurch wird aber die Arbeitslosigkeit noch lange nicht abgeholfen. Soll etwas geschaffen werden, so muß man mit Arbeiterstatistiken vorgehen. Diese Statistiken setzen aber eine stramme Organisation voraus. Sie müsse von Arbeitern überwacht werden. Wenn man aber die Arbeiterorganisationen unterdrückt und das Koalitionsrecht illusorisch macht, so steht es schlecht mit dem Recht auf Arbeit. In Bergarbeiter-Distrikten giebt es ja noch die Arbeitsbücher, und was das zu bedeuten habe, wenn ein Bergmann mit einem gekennzeichneten Arbeitsbuch von Ort zu Ort geht und keine Arbeit bekommt, das weiß jeder, der sich um Arbeiterverhältnisse bekümmert. In England wurde ferner festgestellt, daß die besser Situirten 58 Jahre, Arbeiter dagegen nur 35 Jahre im Durchschnitt alt werden, und daß 64 pCt. von ihnen im Armenhause sterben. Redner kommt zu dem Schluß, daß vorläufig das Recht auf Arbeit nur theoretisch aber nicht praktisch besteht, und daß wir es uns schwer erkämpfen müssen, zum Wohle der gesammten Menschheit. (Lebhafte Bravo.) Hierauf schloß sich eine animirte Diskussion und es wurde dann folgende Resolution angenommen: Die heute in Lehmann's Salon tagende Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des 6. Berliner Reichstagswahlkreises erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ersucht laut Protest zu erheben gegen die Ausbeutung von Seiten der Unternehmer, welche den Arbeitern das Recht auf Arbeit durch ihre jetzigen Maßnahmen illusorisch mache. Hierauf schloß der Vorkämpfer die Versammlung.

Mit der bevorstehenden Stichwahl im 17. Wahlbezirk beschäftigte sich eine gut besuchte Kommunal-Wähler-versammlung, welche am Mittwoch Abend im Lokale Wasserthorstraße 68 tagte. Herr Börner, der sozialdemokratische Kandidat für diesen Bezirk, bemerkte Eingangs seines Vortrages, daß der Vorwurf der Gegner, die Sozialdemokratie verfolge ihr revolutionäres Programm bei den Stadtverordnetenwahlen, schon dadurch in sich zusammenfalle, daß es sich bei diesen Wahlen doch nur um Dinge handle, welche in der Stadtverwaltung zum Austrag kommen. Grade der Kleinhandwerker, der hute sich noch zumeist von dem „Freisinn“ einfangen lasse, habe das größte Interesse an sozialdemokratischen Wahlen, denn werde dieser brotlos, so sei er noch eher auf die städtischen Einrichtungen für Hilfsbedürftige angewiesen, als der Arbeiter, welcher in der Regel nicht so leicht den Muth verliere, wenn er eine andere Beschäftigung ergreifen müsse. Die Sozialdemokraten wollen aber die genannten städtischen Einrichtungen besser gestalten, und der Kleinhandwerker könne sich zur Wahl der sozialdemokratischen Vertreter nur Glück wünschen. Leider sind sie so verblissen auf ihre geträumte Selbstständigkeit, daß sie nicht gemeiname Sache mit den Arbeitern machen wollen. Die Herren Stadtveräter rühmen sich so sehr, viel Gutes geschaffen zu haben; wo dies geschehen sei, habe doch nur der Steuerfack erhalten müssen, der von der gesammten Bürgerschaft gefüllt werde. Ihre Intoleranz habe die Majorität zur Genüge bewiesen, als sie den Kindern der freireligiösen Gemeinde die unbekannt Schulklassen entzogen habe. Was den freisinnigen Kandidaten dieses Bezirks anbetreffe, so sei Thatsache, daß derselbe von der englischen Gasanstalt beschäftigt werde; es dürste mithin fraglich erscheinen, ob er die Interessen der Bürgerschaft Berlins einfluß vertreten könne. Er befände sich doch immer in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu der ausländischen Gesellschaft. Redner verbreitete sich ferner über verschiedene in der Stadtverretung zur Beratung kommenden Gegenstände und schloß mit dem Hinweis, daß er im Falle seiner Wahl nur für das Wohl der Bürgerschaft eintreten werde. — Der zweite Referent des Abends, Herr Bogherr, hob hervor, daß die Sozialdemokratie alle Rechte der Selbstverwaltung wahrnehmen und nicht das Geringste von denselben rauben lassen werden. Eine Verthimmung oder ein Verschwimmen des Gewerbechiedsgerichts-Entwurfs müsse durchaus vermieden werden. Wir haben mehr wie bisher zu betonen, daß in Zukunft die Wünsche und Forderungen des Volkes größere Beachtung finden müssen und von diesem Prinzip soll unser Wirken in der Stadtverretung geleitet sein. An der folgenden Diskussion theilhaftigten sich die Herren Krause, Kohlhardt und Sündermann, welche sich im Sinne der Referenten ausprägten und zur energischen Theilnahme bei der Stichwahl aufforderten. Mit der Aufforderung zur regen Agitation für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten schloß der Vorkämpfer, Herr Kräcker, die Versammlung.

Die Töpfer Berlins und Umgegend waren am 27. d. ziemlich zahlreich im „Deutschen Volks-Theater“ versammelt. Nachdem die Kollegen Manke, Gräbert und Domke ins Bureau gewählt worden waren, nahm Kollege David das Wort zum ersten Punkte der Tages-Ordnung: „Die Statistik und ihr Verth.“ Referent bemerkte, daß ganz irrige Anschauungen im Publikum verbreitet seien über die Verdienste der Töpfergehilfen. Man sei gemeinlich der Anschauung, daß die Töpfergehilfen bei wenig Arbeit viel verdienen. Diese Anschauungen würden mit Fleiß gezüchtet seitens der Meisterschaft durch die bekannten Lohnstatistiken, welche gemacht werden, theils um die hohen Preise der Töpfermeister heils deren eigene Verdienste zu bemänteln. Wie wenig diese gemachten Meister-Lohnstatistiken den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen, wisse jeder Töpfergehilfe zur Genüge. Um aber die Öffentlichkeit über die Lage der Töpfergehilfen aufzuklären, hat der Generalauschuß eine Gemeindefreistatistik angeordnet für die Töpfer Deutschlands und zu diesem Zwecke entsprechende Fragebogen herausgegeben, welche Referent erläuterte und um deren wahrheitsgemäße Ausfüllung er dringend ersuchte. Schon im vergangenen Jahre sei vom Generalauschuße eine Gemeindefreistatistik für die Töpfer ganz Deutschlands angebahnt worden, zu welcher jedoch gerade von Berlin das ungenügendste Material geliefert worden sei. Auch soll die Statistik zur Begründung zu steller Lohnforderungen dienen. Der Verth und die Nothwendigkeit der Gemeindefreistatistik wurde in der folgenden Diskussion voll und ganz anerkannt. Die Versammlung wählte eine Kommission, welche für die Aufnahme der Statistik Sorge zu tragen hat, bestehend aus den Kollegen Richard Topp (N), Werner (W), Kleinschmidt (NW) Otto Greier (SW), Lafon (O). — Der Streik der Bunzlauer Kollegen bildete den zweiten Punkt der Tagesordnung, über welchen Kollege Thiemer referirte. Auf dem letzten Töpferkongresse in Breslau war beschlossen worden, die Lage der Scheidentöpfer aufzubessern. Die Lage der Kollegen in Bunzlau war eine der traurigsten. Sie haben einen eintheiligen Lohnstarif ausgearbeitet, der indessen von der Meisterschaft nicht anerkannt wurde. Infolge dessen wurde am 15. September d. J. der Streik proklamirt. Die Bunzlauer Töpfer hatten bislang 13 1/2 stündige Arbeitszeit und mußten theils den halben, theils den ganzen Sonntag zu Hilfe nehmen, um einen Wochenverdienst von 13—14 M. zu erzielen. 23 Gesellen, welche nach Ausbruch des Streiks weiter gearbeitet hatten, wurden nach 8 Tagen ohne Veranlassung entlassen. Gegen hundert Arbeiter erhielten auswärts Arbeit, gegenwärtig streifen noch 106 Kollegen, lauter Familienmänner. Die entlassenen 28 Gesellen wurden indessen später wieder eingestellt auf polizeiliche Veranlassung, dazu kamen

Korrespondenzen.

Paris, den 28. November 1889. Dienstag, den 17. d. M. Am Abend in dem geräumigen Saale des Troiti-Bauz Hall eine Versammlung mit Bunsch statt, welche von Blanquisten, Kollektivisten und der Gruppe sozialistischer Stadträte veranstaltet worden, um die Einigung der genannten Organisationen zu feiern und in deren Namen die sozialistischen Deputierten zu begrüßen, welche ohne Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien in die Kammer gelangt sind. Außer den Führern der beiden sozialistischen Fraktionen, verschiedenen sozialistischen Stadträten, den Abgeordneten, welche der sozialistischen Gruppe der Kammer angehören, nahmen an der Feier auch Theil mehrere sozialistische Radikale, welche während der letzten politischen Werten die Skilla des Boulangismus vermieden hatten, ohne dafür unter der Maske des Radikalismus in die Charybdis des Ferrysmus zu geraten, und die sich stets als Verehrer demokratischer Prinzipien und durchgreifender sozialer Reformen bewiesen hatten. So z. B. der Abgeordnete Millerand, dessen Kollege Douvroux sich ebenso wie der Stadtrath Louquet brieflich wegen ihrer Abwesenheit entschuldigten und der Versammlung ihre volle Zustimmung und Sympathie versicherten. Anwesend war auch der Vertreter der sozialistischen Partei im italienischen Parlament, Andrea Costa und dessen Landsmann, der Sozialrevolutionär Amicore Cipriani.

Sowie nur die beabsichtigte Veranstaltung der Einigungsfeier bekannt geworden, war dieselbe auch von der bürgerlichen Presse heftig bespöttelt und bekräftigt worden. Die im Schlepptau der bürgerlichen Politiker wandelnden Politiker der sozialistischen „Parti Ouvrier“ hatten in die wohlfeile Possenreiherei eingestimmt, nur hatten sie dies mit noch mehr Ignoranz und dafür weniger Witz als die journalistische Leibgarde der Ferry und Konstanten getan. Das Blatt, das sich „Arbeiterpartei“ betitelt, machte sich über die Absicht lustig, die Abgeordneten zu begrüßen, welche ohne Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien in die Kammer gelangt sind und ließ dazu folgende wichtige sein tollende, aber nur unerkennbar feindliche Bemerkung zum Stapel: „Erwarten wir, daß sich als Pendant zur Gruppe der sozialistischen Deputierten nächstens eine Gruppe aller bürgerlichen republikanischen Deputierten bilden wird, welche als solche ohne Kompromiß mit den Arbeiterpartei und sozialistischen Parteien erwählt worden sind. Das wäre noch drohlicher.“ Wir nennen die Bemerkung unerkennbar, pardon, in einem „Arbeiterblatt“ ist sie einfach insam.

Trotz aller Angriffe war bereits lange vor der festgesetzten Zeit der Eingang in dem Saale förmlich belagert und nach Öffnung der Thore füllte sich die weitläufige, mit reichem Schmuck verzierte Halle in einem Nu. Die bürgerliche Presse schätzt die Anwesenden von 1500 bis 3000, und bekanntlich liebt diese, sowie es sich um Versammlungen der Arbeiter handelt, nicht zu übertreiben, sondern herunter zu schrauben.

Das Publikum, welches sich um die von einem rothen Banner umflatterte Tribüne und in den Galerien drängte, rekrutierte sich zum weitaus größten Teil aus Arbeitern und wählte auch viele Frauen in seiner Mitte, der Mehrzahl auch gleichfalls dem Proletariat angehörend und Rinder auf dem Arme tragend. Die Stimmung der Versammlung war eine der heftigsten, vom Geist der größten Gemüthlichkeit befeuert. Unter rauschendem Beifall ward die Doppellandidatur von Genosse Jules Guesde und Genosse Edward Bailliant offenkundig, um durch deren Personen die Einigung der Blanquisten und Kollektivisten zu charakterisieren. Bailliant v r wies darauf auf die Bedeutung der Versammlung, welche den Pakt der Einigung aller sozialistischen Parteien Frankreichs besiegelt, die stets auf Grund einer durchaus sozialistischen und revolutionären Politik für das Volk gekämpft haben. Diese Einigung bedeute jedoch keine Aborption der einen Organisation durch die andere, sondern einen Marsch Hand in Hand auf das gleiche Ziel mit Festhalten der respektiven Traditionen, welche hier und da leben. Zusammen mit der Aufklärung über die ökonomischen Phänomene der Gesellschaft, mit der Klärung und Festigung der Prinzipien, mit dem Kampf auf dem wirtschaftlichen Gebiete werden die sozialistischen Organisationen auch eine lebhaft und zielbewußte politische Aktion entfalten. Die Führerschaft des doppelten Kampfes ruht nicht nur in den Händen der Genossen, welche seit Jahren als Vorkämpfer des Proletariats und Leiter der einzelnen Organisationen ihre Pflicht thun, sondern auch die neuermählten sozialistischen Deputierten werden ihren Antheil daran nehmen. Der letztere Umstand ist bedeutsam, und die tagende Versammlung verlor auf den Zweck, ihn hervorzuheben und in die rechte Beleuchtung zu rücken. Die Hauptsache, daß sich trotz der Niederlagen, welche die Sozialisten erlitten, eine sozialistische Gruppe in der Kammer erbeidet hat, deren Mitglieder im Gegensatz zu der Rue Edige (hier befand sich früher das boulangistische Zentral-Komitee) und zu der Rue Cadet (wo das Wahl-Kartell zwischen Opportunisten, Radikalen und Possibilisten geschlossen ward) gewählt worden sind, ist ein Triumph des sozialistischen Prinzips, der für die Zukunft verspricht. Von besonderer Bedeutung ist, daß zum ersten Male die Vertreter der organisierten sozialistischen Parteien ihren Einzug in das Parlament gehalten haben und hier festen Fuß fassen werden, die Vertreter der beiden großen Organisationen, welche allen Intriguen und Werten zum Top unbeugbar in ihren Prinzipien und in ihrer Taktik geblieben sind. Gewiß, diese Haltung hat verursacht, daß sich manche Elemente in dem politischen Sturm der letzten Zeit verloren haben, aber die Parteien sind gerade durch diesen Verlust gereinigt worden und werden um so mehr erstarren. Die Wahl der Deputierten und deren Konstituierung in eine geschlossene Gruppe wird zu weiteren Erfolgen beitragen, denn das klar und klippige Programm erlaubt, sich alle zweideutigen Elemente vom Hals zu schaffen und geeinigt um das rothe Banner gruppiert auf die soziale Republik zusammenzuführen. Diese Departements haben die Intriguen der bürgerlichen Parteien durchschaut, und indem sie Sozialisten ins Parlament sandten, zeigten sie, daß sie ganz gut begriffen, daß es sich in den jüngsten politischen Kämpfen nicht nur um Boulangier und Ferry handelte. Gerade wie es 1871 die Kommuneards gewesen, welche durch ihren heldenmüthigen Kampf die Republik gerettet haben, so werden es auch künftig die Sozialisten sein, welche die Republik gegen Reaktion aller Art, die monarchistische, monarchistische und opportunistische, schützen. Die bürgerlichen Parteien mögen sich untereinander bekämpfen, die Sozialisten gegen sie alle zu Felde, denn sie suchen den Kapitalismus zu schützen und zu erhalten, während die Klassenbewußten Arbeiter denselben zu vernichten streben. Wenn die Sozialisten die heute noch keinen entscheidenden Sieg errungen haben, so rührt dies daher, daß das Bewußtsein der Masse noch nicht genug über die Lage aufgeklärt ist und noch nicht genug unterscheidet zwischen den bürgerlichen Parteien

und der sozialistischen Partei. Die Gruppe der sozialistischen Deputierten wird viel dazu beitragen, die öffentliche Meinung über diesen Unterschied aufzuklären und zu zeigen, daß nur der Sozialismus eine Lösung aller auftauchenden sozialen Probleme bieten kann. Damit aber die Thätigkeit der Gruppe diese Wirkung hat, muß sich dieselbe scharf von allen bürgerlichen Fraktionen der Kammer unterscheiden, sie mußte auch allen Ueberläufern der sozialistischen und Arbeiterbewegung verschlossen bleiben, welche entweder mit dem Boulangismus oder mit dem Opportunismus paktirt haben. Die beiden, auf der Versammlung vertretenen sozialistischen Organisationen haben Vertrauen in die Deputierten und sind überzeugt, daß dieselben ihre Pflicht nach jeder Seite hin voll und ganz thun werden. Als Traktanten und Schildwachen der Bewegung im Palais Bourbon werden sie inmitten der politischen Intriguen aller Gegner Tag aus Tag ein auf Posten sein und den guten Kampf kämpfen für Herbeiführung der sozialen Revolution.

Guesde erklärte hierauf, daß er nicht die Gewohnheit habe, Versammlungen zu präsidieren, daß er jedoch diesmal eine Ausnahme mache, um der Bedeutung wegen, welche es habe, daß er mit Bailliant zusammen den Vorkitz führe. Dieser Doppelpunkt die heutige Versammlung, markirt die definitive Allianz der beiden sozialistischen Organisationen, die ihr Banner nie durch einen Kompromiß beschimpft haben. Schon seit Jahren sind sie Hand in Hand marschirt, wenn es den Kampf für die Sache galt, die beide repräsentiren. 1884 haben Blanquisten und Kollektivisten zusammen den Kampf auf ökonomischem Gebiete für die Arbeitslosen geführt, 1885 traten sie Hand in Hand in die Wahlklocht ein, in den denkwürdigen Dezember-Tagen von 1887 waren sie bereit, gemeinsam den Kampf mit bewaffneter Hand aufzunehmen, um Frankreich vor der Schande und dem Unglück eines Präsidenten Ferry zu bewahren. Aber die früheren Allianzen zwischen beiden Organisationen tragen einen anderen Charakter, als der nun geschlossene Pakt. Die bisherige Einigung ward stets durch die Ereignisse bestimmt, sie war gelegentlicher und vorübergehender Natur. Zum ersten Male ist eine dauernde und endgiltige Einigung zu Stande gekommen, nicht von den Ereignissen geschoben, sondern zu dem Zwecke, die kommenden Ereignisse zum Besten der sozialistischen Sache auszunutzen und zu leisten.

Auch ein anderer Grund bestimmte den Redner, den Vorkitz anzunehmen. Es würde ihm dadurch Gelegenheit geboten, die sozialistische Gruppe der Kammer zu begrüßen, deren Konstituierung in der Geschichte der sozialistischen Bewegung Frankreichs markirt wird.

Zum ersten Male sind in die parlamentarische Titabelle des Kapitalismus Erwählte durch das revolutionäre Thor eingedrungen. Die Anwesenheit der sozialistischen Gruppe im Palais Bourbon bedeutet nicht nur die Negation der aktuellen Gesellschaftsordnung, sondern eine Bejahung und Bekräftigung des sozialistischen Prinzips, das in dem Programm der Gruppe in aller Kürze, aber auch in aller Klarheit und Schärfe enthalten ist. Es ist zum ersten Male, daß eine Gruppe des französischen Parlaments als Basis ihrer Plattform die Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die gesellschaftliche Regelung der Produktion und Verteilung aller Reichthümer hinstellt. Besondere Bedeutung erhält die Gruppe dadurch, daß hinter ihr das gesammte organisierte sozialistische Frankreich steht und nach vorwärts drängt, um die Herrschaft des sozialistischen und revolutionären Prinzips herbeizuführen. Hochbedeutend ist es auch, daß die sozialistische Gruppe nicht nur Vorkämpfer der Forderungen der französischen Arbeiterschaft ist, sondern des Proletariats der ganzen Welt. Sämtliche Deputierte waren Delegirte des internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses, der im Juli in Paris tagte, sie haben mit den deutschen, italienischen, englischen u. Deputierten fraternisirt und ihre Hände in die des Bebel, Liebknecht, Costa u. gelegt. Jetzt wiederum werden sie im Palais Bourbon für die Beschlüsse kämpfen, welche das internationale Proletariat auf dem Kongresse gefaßt hat. So vertreten sie hier die heilige Allianz der Völker aller Länder gegen die Bourgeoisie aller Länder, und Genosse Guesde begrüßt sie im Namen einer künftigen, nicht besiegten, sondern triumphirenden Kommune und im Namen des internationalen Sozialismus.

Antide Boyer, der sozialistische Abgeordnete von Marseille, wies in seiner Rede darauf hin, wie nothwendig es gewesen, der allgemeinen politischen Verwirrung gegenüber mit einem rothen sozialistischen Banner in den Wahlkampf einzutreten. Allerdings wäre es den Sozialisten leicht gewesen, mit Kompromissen nach rechts und links größere Erfolge zu erzielen, aber die Arbeiterpartei war ihnen prinzipiell schuldig, alle diesbezüglichen Anerbieten schroff zurückzuweisen und sich ebenso wenig mit Boulangier, als mit Ferry und dem „Sauconnet“ (= Wurtmann) - Anspielung an eine Mogelei zwischen Konstant und einer Lyoner Aktien-Gesellschaft, welche ersterer auf das ihm gemachte Geschenk einer Lyoner Wurst zu reduzieren suchte.) Konstant einzulassen. Nur die Allianz aller bürgerlichen Reaktionen, in deren Dienste sich ein Verräther, ein Ueberläufer gestellt, habe veranlaßt, daß Guesde in Marseille gescheitert sei. Es sei ihnen eben besonders darum zu thun gewesen, Guesde's Eintritt in die Kammer zu verhindern, dies sei ihnen aber nicht gelungen, denn wenn auch nicht als Deputirter, so werde doch der bewährte Kämpfer des Proletariats als Sekretär der sozialistischen Gruppe im Palais Bourbon wirken. Der Verräther, welcher das Werkzeug der Reaktion war, bewohnt Paris, und an Paris ist es, ihm den verdienten Lohn zu Theil werden zu lassen. Die sozialistischen Erwählten haben eine große Arbeit vor sich. Sie sollen eine Art Bindeglied zwischen den verschiedenen sozialistischen Organisationen, zwischen diesen, den sozialistischen Erwählten des Conseil municipal von Paris, den sozialistischen Erwählten der Gemeindebeiräte und Departementsräthe von ganz Frankreich bilden. Zu diesem Zwecke ist es nöthig, daß die sozialistischen Erwählten der Kammer mit den sozialistischen Erwählten des ganzen Landes korrespondiren. Ferner müssen sie auch in innige Beziehungen treten zu den Sozialisten des Auslands, mögen die Nordpatrioten noch zehnmal mehr darüber schreien und toben. In enger Fühlung mit dem Volk, in enger Fühlung mit dem Proletariat der ganzen Welt muß sich die französische Arbeiterbewegung weiter entwickeln, damit sie nicht länger hinter der anderer Länder zurückbleibt. Die französischen Sozialisten müssen es ihren deutschen Brüdern nachthun, welche zu einer Macht erstarkt sind, vor der Bismarck zittert. Das französische Proletariat muß erkennen, wie wahr das Wort ist, welches sagt: „Der Herr ist der Feind“, und daß dieser Feind kein Vaterland hat; wie das Proletariat der ganzen Welt nur ein Vaterland, einen Feind und ein Interesse hat.

Thiorier erklärte, daß er nicht nur der Arbeiterdeputirte des Departements Allier ist, sondern der Vertreter aller französischen Arbeiter überhaupt. Er stellt sich allen Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Verfügung und verpflichtet sich, alle

ihm von diesen zugehenden Anträge mit seinen Kollegen der sozialistischen Gruppe zusammen zu beraten, prüfen und in der Kammer einzubringen. Auf die Witzeleien und Spöttereien Bezug nehmend, deren Zielscheibe er wegen seiner einfachen Redeweise und seiner Blouse geworden ist, sagt er, daß ihm, der 18 Jahre lang in den Minen und dann im Felde gearbeitet hat, allerdings die Berechtheit und Kenntnisse mangeln, daß er aber hofft, mit Hilfe der Organisationen und seiner sozialistischen Freunde seiner Aufgabe gerecht zu werden. Was seine vielbelachte Blouse anbelangt, so hat er sich seinen Wählern gegenüber verpflichtet, dieselbe in der Kammer zu tragen, so gut wie er sie im Gemeinde- und Generalrathe, sowie in allen Wählerversammlungen getragen hat. Die Blouse ist sein Galatostium, während der Paletot sein Regliao bildet. Wollte man ihn in der Kammer auffordern, seine Blouse abulegen, so würde er zuerst verlangen, daß Freppel, der Bischof von Angers, sein geistliches Kostüm ablege, das einem Unterrod ähnlicher sei, als der Kleidung eines Mannes. Auch in der Blouse kann er seine Pflicht als Arbeitervertreter thun und dazu beitragen das Joch zu brechen, das so schwer auf dem Nacken der Proletarier ruht. Wenn jeder sozialistische Deputirte während dieser Legislaturperiode mit ganzem Herzen seine Schuldigkeit thut, so wird das Volk bei den nächsten Wahlen nicht nur zehn, sondern zwanzig, dreißig oder fünfzig Sozialisten in die Kammer senden.

Millerand hielt es für seine Pflicht, auf der Versammlung zu erscheinen, welche einen Akt der Einigung zwischen allen Sozialisten bedeute, zu welcher Schule dieselben auch immer gehören. Es ist Zeit, daß die Schulfreitigkeiten bei Seite bleiben, denn wenn die sozialistische Partei heut noch nicht den Platz einnimmt, der ihr nach der Bedeutung der von ihr vertretenen Sache und dem Talent und dem Eifer ihrer Vorkämpfer gebührt, so liegt ein Theil der Schuld an den Spaltungen in verschiedene Fraktionen. Man muß die persönliche Vorliebe zu der oder jener prinzipiellen Nuance unterdrücken, um sich zum Kampfe für die gleiche Sache zusammen zu schließen.

Die Sozialisten verschiedener Schulen haben die Nothwendigkeit der Einigung begriffen, und sie vergessen, was sie theilt, um nur das festzuhalten, was sie vereint. Es giebt eine Menge von Fragen, für welche die Sozialisten aller Schattierungen zusammen kämpfen können. Eine solche Frage ist z. B. die nächstdem vor die Kammer gelangende über Erneuerung des Privilegiums der Bank de France, welche gewiß allen sozialistischen Deputirten Gelegenheit bieten wird, für ihre Prinzipien einzutreten. Eine Einigung aller Sozialisten, für welche alle Opfer gebracht werden müssen, welche sich mit den Prinzipien vereinen lassen, ist die Vorbedingung für den Triumph der großen Partei der Republik.

Der Deputirte Lohje führt aus, daß er von den Webern in das Parlament gewählt wurde, welche nicht bloß seit 14 Tagen, sondern seit 115 Tagen durch einen harten Johnstreik gegen das Kapital ankämpfen. Ein Kampf dieser Art hat die Nothwendigkeit der Organisation und Einigkeit nahe gelegt, er hat auch eine brüderliche Solidarität unter den Arbeitern gezeigt. In seinem Heimathort giebt es 4000 Weber von denen 3700 der Gewerkschaft angehören und jede Woche mehr als 1500 Fr. ihren streikenden Kollegen nach Cours schicken. Die Weber des Rhonedepartements haben begriffen, daß der Kampf auf ökonomischem Gebiete allein nicht genügt, daß er durch den politischen Kampf ergänzt werden muß, und in diesem Sinne haben sie ihn, den einfachen mechanischen Weber in das Parlament gewählt.

Die Weber des Rhonedepartements erkennen die Macht, welche ihnen die Organisation verleiht, und so bringen sie und ihre Familie lieber alle möglichen Opfer, um ihre Gewerkschaften erhalten zu können, die von den Kapitalisten mit allen Mitteln bekämpft und zu vernichten gestrebt werden. So erklären z. B. die Fabrikanten in allen Streiks, nicht mit den Gewerkschaften unterhandeln zu wollen, weil sie ganz gut wissen, daß ihnen nicht die einzelne Arbeiter, wohl aber die organisierte Arbeiterschaft gefährlich sind. Dank der Gruppierung der Arbeiter wird sich binnen kurzem die soziale Revolution in ganz Frankreich vollziehen.

Ferroul, gleichfalls Mitglied der sozialistischen Kammergruppe, konstatiert den großen Fortschritt, welchen die sozialistische Partei in Frankreich gemacht hat. Das Guesde zu Anfang der sozialistischen Agitation behauptete, nämlich daß die Bewegung binnen 10 Jahren 500 000 Anhänger zählen werde, hat sich erfüllt. Der Sozialismus ist in Frankreich in alle öffentlichen Körperschaften eingedrungen, in die Gemeinde- wie Departementsräthe und in das Parlament. Er hat sich auch in alle Klassen der Gesellschaft Bahn gebrochen und so vertritt er z. B. keine Industriearbeiter, sondern ländliche Arbeiter und kleine Grundbesitzer, welche begriffen, daß sie mit der Bourgeoisie nichts gemeinsam haben.

Die Republik ist gewiß ein gutes Ding, und die Sozialisten betrachten sie als eine unentbehrliche Vorstufe der Emanzipation des Proletariats, allein soll sie ihrem Prinzip und Zweck entsprechen, so darf sie nicht durch Fortbestand der alten Einrichtungen ein leeres Wort bleiben. Die aktuelle Situation hat eine schlechte Gruppierung der Deputierten herbeigeführt, und die alten politischen Parteien werden durch die ökonomischen Momente zerseht und zu ihrem Programm in Widerspruch gestellt. So finden wir z. B. auf der Rechten politische Reaktionen, welche wie der Graf de Mun, auf ökonomischem Gebiete weit entwickelter und mehr leisten und den Arbeitern mehr nützen als die Radikalen, welche die soziale Frage leugnen.

Dieser verwideten Situation gegenüber müssen sich die sozialistischen Deputirten nett von allen politischen Parteien trennen und können auch nicht mit denen marschiren, welche stets des Hauptworts der Arbeiterbewegung eingedenk sind: einer Erneuerung der Gesellschaft durch Nationalisirung sämtlicher Arbeitsmittel, Grund und Boden natürlich einbegriffen, und aller erzeugten Produkte, damit sich nicht länger wie bisher aller Reichthum in den Händen der Müßiggänger und alles Elend in den Händen der Arbeiter konzentriert. Die Thätigkeit der sozialistischen Abgeordneten inmitten der übelwollenden bürgerlichen Parteien und ihrer Intriguen bringt manchen Moment der Entmutigung mit sich, über den jedoch das Bewußtsein hinweghilft, daß das Volk hinter seinen Erwählten steht. Nicht der Wunsch, Vortheile aus der ihnen bereiteten Stellung zu ziehen, sondern die redliche Absicht, ihre Schuldigkeit zu thun, hat die sozialistischen Abgeordneten zur Aufstellung ihrer Kandidatur bewogen. Dieser ihrer Absicht werden sie treu bleiben und nie vergessen, daß sie nicht in die Kammer gekommen sind, um zu essen, sondern um andere essen zu machen.

Ehe der Deputirte des Cher, Baudin, das Wort ergriff, erinnerte Guesde daran, welche Rolle dieser vor etlichen Jahren bei dem großen Streik der Arbeiter der Fabriken für Ver-

stellung landwirtschaftlicher Maschinen in Bierzon und Umgebung gespielt hatte. Als Gemeinderath seines Heimatortes warf er sich mit Achtachtung der seinem Leben drohenden Gefahr zwischen die Truppen und die Streikenden und verhinderte die Niedermetzung der Letzteren. Dafür ward er verhaftet und zu sechs Monaten Gefängnis sowie zum Verlust der bürgerlichen Rechte verurtheilt. Die Bevölkerung des Ortes hat auf dieses Urteil der blinden Klassenjustiz dadurch geantwortet, daß sie Boudin drei Mal in den Generalrath und gegenwärtig in das Palais Bourbon sendete.

Boudin versichert, daß er und seine Kollegen sich der großen Verantwortlichkeit bewußt sind, welche sie auf sich genommen haben, indem sie sich ihren Wählern verpflichteten, nicht mit denen zu gehen, welche mit dem Boulangerismus oder dem Opportunismus gemeinsame Sache gemacht haben. Gewiß ist es schwer, sich innerhalb der Kammer auf sozialistischem und revolutionärem Gebiete zu erhalten, aber die Gruppirung der einzelnen Abgeordneten und vor Allem die enge Fühlung mit den sozialistischen und Arbeiter-Organisationen wird dies ermöglichen. Die sozialistischen Abgeordneten werden für ihre Taktik und Aktion stets die Organisationen zu Rathe ziehen und auch in der Nationalversammlung das rothe Banner hoch und fest halten. Wenn die sozialistischen Erwählten immer mit dem Volke marschiren, so erwartet er für die nächste Legislaturperiode nicht nur 40 oder 50 sozialistische Abgeordnete, sondern er hofft, daß dann die Revolution bereits die soziale Republik gebracht hat.

Baudin wies im Anschluß an Boudin's Rede noch besonders darauf hin, daß diese alle bürgerlichen Parteien im Wahlkampf gegen sich gehabt und besiegt hatte, vom Brissonnismus an bis zum Bonapartismus, der sich mit dem Boulangerismus amalgamirt hatte.

Clauseret, Abgeordneter des Departements Var, legte die Nothwendigkeit für die sozialistischen Deputirten dar, sich als besondere Gruppe zu konstituiren. Die Gruppe müßte entstehen, weil es in der Kammer weder rechts, noch im Centrum, noch links Vertreter der Arbeiter und ihrer Interessen giebt. Rechts sitzen die Vertreter des Großgrundbesitzers, im Centrum die Vertreter der Großindustrie und der Großunternehmer, auf der Linken finden sich die Schildknappen der ministeriellen und gouvernementalen Industrie. Weder die Arbeiter noch die Bauern hatten Vertreter im Parlament, und die sozialistischen Abgeordneten werden dies sein, ohne Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien. Die sozialistische Gruppe der Kammer muß ebensowenig mit den Kamelots (Ausstreitern) Boulanger's zu thun haben, als mit den weißen Blouven unter der Anführung des officier de paix (Polizeibeamter) Joffrin.

Chauvière, Stadtrath von Paris, begrüßt mit Freude die kaiserliche Einigung, welche dazu beitragen wird, daß die Sozialisten sich an die Spitze des politischen Lebens der Masse stellen. Die Reaktion hätte es gern gesehen, wenn die sozialistische Bewegung in den Ereignissen der letzten Zeit von ihrem Wege abgewichen wäre. Aber sie ist sich treu geblieben. Allerdings haben die Organisationen Verluste erlitten, es hat Ueberläufer gegeben, welche ihre Haltung damit entschuldigend wollten, daß sie beabsichtigt hätten, den Ferrysmus zu stürzen. Aber ihre Entschuldigung ist nicht stichhaltig, denn sie haben den Opportunismus durch den Boulangerismus ersetzt. Die Bewegung wird ruhig und gerade mit allen Mitteln auf ihr Ziel, die soziale Republik losstreben.

Daumas, gleichfalls Stadtrath von Paris, versichert der Versammlung im Namen der revolutionären Sozialisten des Conseil municipal, daß auch sie Theil nehmen an der Einigung aller sozialistischen Kräfte, und daß sie bereit sind, auf allem Terrain Hand in Hand mit ihnen allen zu marschiren.

Goffa, Mitglied des italienischen Parlaments, hebt besonders den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung hervor. In allen Ländern kämpft das Proletariat für die gleichen Rechte. In Italien wie in Frankreich, in Deutschland wie in Rußland, überall wo sich die kapitalistische Industrie entwickelt, da entbrennt auch der Klassenkampf und reißt jede Nation in zwei Lager. Die Sozialisten können getrennt sein, durch die verschiedenen Arten der Methoden, die sie bei ihrer Entwicklung befolgen, aber sie sind geeinigt durch das gleiche Ziel: die soziale Revolution, welche die Wissenschaft an Stelle des Vorurtheils setzt, die Emanzipation der Arbeit vom Joche des Kapitalismus bewirkt, der Ausbeutung des Einzelnen durch Ausbeutung des Privateigentums ein Ende macht, mit einem Wort, die Realisation alles Guten, Wahren und Schönen ist. Alle Sozialisten, ohne Unterschied der Schattirung, treten für dieses hohe Ziel ein, mit friedlichen Mitteln, solange es möglich ist, mit ihrem Blute, wenn es nicht anders geht.

Ehe der Redner endigt, hält er es für nöthig, der Versammlung ausdrücklich zu versichern, daß jene Gerüchte grobe Lügen sind, welche behaupten, daß die italienischen Arbeiter infolge der Tripelallianz Feinde des französischen Volkes seien. Die italienischen Arbeiter fühlen sich als Brüder und Freunde der Proletarier der ganzen Welt, ohne Unterschied der Nation.

Der italienische Sozialrevolutionär Cipriani, der Galeerensträfling der italienischen Monarchie, der 1871 für die Kommune gekämpft hat und von der Bevölkerung der Romagna dreimal in das italienische Parlament erwählt ward, legt den Sozialisten aller Schulen und Länder nahe, sich zu einigen, um die Gefahr zu beschwören, welche dem Frieden durch die Tripelallianz droht.

Refrancis, Camelinat, beide Mitglieder der Kommune von 1871 und Vermin, der Maire des wegen seiner sozialistischen Gesinnung bekannten Vororts von Paris, St. Ouen, sprachen in dem gleichen Sinne, wie die vorausgehenden Redner.

Weiter brachte der Delegirte der Nationalföderation der französischen Gewerkschaften im Namen dieser Organisation einen Loast auf die Einigung der Sozialisten und die sozialistischen Deputirten aus, in welchem er betonte, daß die Gewerkschaften die Nothwendigkeit der Organisation und Einigung erkannt haben, daß sie sich aller zweideutigen Elemente entledigen und entledigen werden (Anspielung an Boulé), welche die Bewegung kompromittiren und von ihrem Ziele ablenken, und daß auch sie ihren Theil an der Anbahnung der sozialen Revolution nehmen. Die Gewerkschaften führen den Kampf gegen das Kapital auf ökonomischem Gebiete, und die sozialistischen Erwählten müssen auch mit ihnen Fühlung halten und sich zum Vorkämpfer ihrer Forderungen, wie Einführung des achtstündigen Normalarbeits-tages, Abschaffung der Nachtarbeit etc. machen. Wird die Kammer diesen Forderungen keine Beachtung schenken, so werden die Arbeiter mit der Zeit sich selbst ihr Recht verschaffen.

Zum Schluß sprach noch die Bürgerin Rigot, welche von der „Liga sozialistischer Frauen“ delegirt war, um mit Hinweis darauf, daß man nichts ohne die Frauen thun könne, die Stadträthe und Abgeordneten aufzufordern, für die Emanzipation des weiblichen Geschlechts einzutreten, indem sie in den betreffenden Körperschaften für die politischen Rechte der Frauen plädiren. — Die Versammlung sorgte den verschiedenen Rednern gegenüber nicht mit ihrem Beifalle und applaudirte ganz besonders alle Stellen, welche anspielten auf die Einigung, die Nothwendigkeit, die sozialistische Partei kompromißfrei, ohne Hinüberschwanzen zum Boulangerismus oder Opportunismus zu erhalten, auf den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung etc. Die Frier endete mit einem begeisterten Hoch auf die soziale Revolution.

Ein Theil der bürgerlichen Presse hat, wie üblich, versucht, die Versammlung durch groteske Berichte und höhnische Bemerkungen ins Lächerliche zu ziehen. Wenn an dieser Stelle hier so ausführlich über die Einigungstheorie berichtet wird, so geschieht es, weil die deutsche Reptilienpresse vom Schiage der

Rölnern und anderer Klassen, die öffentliche Meinung zu verpesten suchen, gewöhnlich aus den oben genannten trüben Quellen geschöpft wird, um die haarsträubendsten Verichte über Reden und Thun der französischen Sozialisten in die Welt zu lügen, um durch diese die deutsche Arbeiterpartei zu treffen. Andererseits ist es für die deutschen Arbeiter gewiß von Interesse, mit den Worten der französischen Sozialisten selbst die Stimmung im Lager und die Auffassung der Situation geschildert zu finden.

Die Gruppe der sozialistischen Abgeordneten hat bereits eine Reihe von Anträgen in der Kammer eingebracht, die theils durch die politische Situation, theils durch Vorgänge im Lager der Arbeit veranlaßt worden sind.

Diese Anträge sind die folgenden: 1. Ein Antrag auf Revision der Konstitution, begründet dadurch, daß die konstitutionellen Gesetze von 1875 unter dem Namen der Republik nur die parlamentarische Diktatur einer Klasse organisirt und bekanntlich die Durchführung ethischer Maßregeln für Schutz und Emanzipation der Arbeiter verhindert haben; ferner damit, daß die politische Revision nur eine Anbahnung der Revision auf ökonomischem und sozialem Gebiete ist, welche das proletarische Frankreich fordert.

2. Ein Gesetzentwurf, welcher die Eröffnung eines Staatskredits von 500 000 Frks. zu Gunsten der streikenden Streikgräber von Bas-de-Calais und dem Norddepartement fordert, sowie eine Klassenamnestie, d. h. volle Amnestie für alle im Laufe aktuellen Streiks, sowie aller Streiks überhaupt, von den Arbeitern begangenen „Vergehen und Verbrechen“. (Die Sozialisten konnten nicht eine allgemeine politische Amnestie fordern, um nicht den Schein auf sich zu ziehen, als ob sie für eine Amnestie Boulanger's einträten.)

3. Ein Gesetzentwurf, welcher bestimmt, daß überall, wo Hilfskassen etc. der Arbeiter bestehen, welche mit dem vom Lohne eingehaltenen Gelde der Arbeiter selbst gegründet sind und gespeist werden, diese Kassen der unmittelbaren und ausschließlichen Verwaltung der Arbeiter überlassen bleiben, ganz gleich, welchen Antheil vielleicht die Unternehmer an der Gründung und dem Unterhalt der Kassen haben.

4. Ein Gesetzentwurf, daß der Arbeitstag in den Minen, Fabriken, Hochöfen und Werkstätten mit mechanischem Betriebe unter keiner Form und unter keinerlei Vorwand 8 Stunden übersteigen dürfe, und daß jede Zuwiderhandlung seitens der Unternehmer mit 500 - 1000 Frks. Geldbuße und im Wiederholungs-falle mit 14 Tagen bis einem Monat Gefängnis bestraft wird.

5. Ein Gesetzentwurf, daß die Armee, bis sie einer Volksmiliz Platz gemacht hat, ausschließlich auf ihre Rolle als Mittel der Vertheidigung nach außen hin beschränkt bleibt, und in keinem Falle in den Konflikten, welche durch die kapitalistische Produktionsweise zwischen Arbeitern und Unternehmern heroorgerufen werden, in den Dienst der letzteren, mögen es die Einzelpersonen oder Aktiengesellschaften seien — gestellt werden kann.

6. Ein Gesetzentwurf, welche alle Kohlenminen zur Verfügung der Nation ist, die sie in Konzeption vergeben und das Recht und die Pflicht hat, dieselben zurückzunehmen, um sie unter ihrer Kontrolle zum Besten aller durch die daselbst beschäftigten Arbeiter ausbeuten zu lassen.

7. Ein Gesetzentwurf bezugs der Gewährung eines Kredits von 50 000 Frks. für die Familien der Weber von Cours (Rhone), welche seit 115 Tagen im Streik stehen.

8. Ein Gesetzentwurf, nach dem jeder Unternehmer mit einer Geldbuße und mit Gefängnis bestraft wird, welcher sich weigert, mit den Arbeitergewerkschaften zu verhandeln und dadurch das Gesetz über die Gewerkschaften wirkungslos macht.

Lokales.

Die „Berliner Zeitung“ beschwert sich darüber, daß wir es gewagt haben, in einer uns possend scheinenden Weise auf eine Versammlung der Freisinnigen in Weihenstephan aufmerksam zu machen und kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Welche sachliche Entgegnung würde das „Berl. Volksblatt“ wohl vorbringen, wenn wir zu einer sozialdemokratischen Versammlung, in welcher der Expedient Herr Sonnbo sprechen will, die Bornotiz beachten: Referent ist der durch seine erschütternde Unbedeutendheit weit über die Grenzen Nordbors hinaus unbekannt Herr F. . . und dann dieselbe Kugelanwendung ziehen wollten wie das „Berliner Volksblatt“, das hier ganz unüberblümt öffentlich zur Ruheforderung auffordert.“

Was wir darauf entgegnen würden? Einfach — nichts; denn wir würden niemals ängstlich sein, daß eine Versammlung unserer Parteigenossen von Freisinnigen irgendwie irritirt werden könnte. Es wird doch hoffentlich noch kein nationales Unglück sein, wenn ein Freisinniger von Sozialisten ausgelacht wird, und so laut lacht doch Niemand, daß dadurch eine „öffentliche Ruheforderung“ entstehen könnte. Man soll doch, um gut berathen zu reden, nicht immer gleich die Dosen voll haben, sondern möglichst „lieb und mild“ sein.

Weshalb so empfindlich? Eine Beleidigungsklage soll seitens der Stadtverordneten-Versammlung anhängig gemacht werden. Von dem Stadtverordneten Justizrath Meyer 1 und noch 47 Stadtverordneten ist bei der Stadtverordneten-Versammlung ein Antrag eingebracht wegen Beleidigung der Versammlung, begangen durch ein Flugblatt mit der Ueberschrift: „Wähler des 17. Kommunalwahlbezirks“ gegen den Ingenieur Dr. Wilh. Häberlein, die sämtlichen Unterzeichner des Flugblattes, den Drucker, sowie alle diejenigen, welche als Verleger oder sonst bei der Herstellung und Verbreitung der Druckschrift theilhaftig waren, Strafantrag zu stellen resp. sich mit der Verfolgung einverstanden zu erklären.

Warum ich nicht mehr vegetarisch lebe? So betitelt sich ein Artikel, den Herr Dr. med. Alanus im Novemberhefte der Monatschrift „Hygieia“ (herausgegeben von Dr. Paul Niemeyer) veröffentlicht. Bei dem großen Widerstreit der Meinungen, welche sich für und gegen den Vegetarismus erklären, dürfte es für weitere Kreise von Interesse sein, die Warnung zu entnehmen, die der Genannte, welcher bisher ein eifriger Vorkämpfer der Vegetarianer war, gegen den Vegetarismus erlitt. Dr. Alanus schreibt: „Nachdem ich längere Zeit vegetarisch gelebt hatte, ohne mich dabei besser oder schlechter zu befinden als vorher bei gemischter Kost, machte ich eines schönen Tages die unangenehme Entdeckung, daß meine Arterien atherosclerotisch zu entarten begannen. Besonders an der Schläfenarterie, sowie an der Radialis (Pulsader) war dieser Krankheitsprozeß unverkennbar. Da ich noch keine 40 Jahre alt bin und folglich dieses Symptom nicht als Alterserscheinung deuten kann, auch Spirituosen nicht ergehen bin, konnte ich mir die Sache schlechterdings nicht erklären. Ich sann hin und her, ohne des Räthfels Lösung zu finden. Da fand ich ganz zufällig die Erklärung, die ich so lange gesucht hatte, in einem Werke des ausgezeichneten Pariser Arztes Dr. E. Monin. Der betreffende Passus lautet in wörtlicher Uebersetzung wie folgt: „Um die Kritik des Vegetarismus fortzusetzen, dürfen wir die Arbeit des zu früh verstorbenen Gubler nicht vergessen, Ueber den Einfluß der vegetabilischen Diät auf die kreidige Entartung der Arterien.“ Die vegetabilischen Nahrungsmittel, reicher an Mineralstoffen als die Nahrungsmittel animalischen Ursprungs, führen mehr Mineralsalze in das Blut ein.“ Dr. Monin führt nun einige markante Fälle ärztlicher Beobachtungen an, welche das vorher Gesagte bestätigen und fährt hierauf fort: „Somit wird die Phosphorsäure das Gefäß-

system ruiniren und dadurch das Individuum vor der Zeit alt machen, wenn es wahr ist, daß der Mensch „das Alter seiner Arterien hat“; es wird gleichzeitig den Zahnstein, den Greisenbogen der Hornhaut und die Nephrosen hervorbringen.“ Nachdem ich leider diese neuesten Ergebnisse medizinischer Forschung durch mein eigenes Beispiel bestätigt gesehen habe, bin ich selbstverständlich zur gemischten Kost zurückgekehrt. Durch Schaden wird man klug! Als normale Diät des Menschen kann ich die rein vegetabilische Diät nicht mehr anerkennen, nur als eine Kurmethode, welche in verschiedenen Krankheitszuständen Vortreffliches leistet. Wochen und Monate lang darf mancher Kranke diese Diät befolgen, aber zum fortwährenden Gebrauch für Jedermann ist sie nicht geeignet. Es verhält sich damit, wie mit der Hungerkur, welche manchen Kranken kurirt; aber zum fortwährenden Gebrauch für Gesunde nicht taugt. Ich bin um eine Erfahrung reicher geworden, die mir gezeigt hat, daß eine einjährige brutale Diät die schönsten Theoriengebäude umwerfen kann. Den Vegetariern aber rufe ich zu: „Dicitur moniti!“ Vernt, denn ihr seir gevarnt!“

Welche Forderungen verfahren am 31. Dezember? Es verfahren am 31. Dezember d. J. alle im Laufe des Jahres 1887 entstandenen Forderungen der Kaufleute, Fabrikanten, Händler, Künstler und Handwerker für Waaren oder Arbeiten Privatkunden gegenüber; ferner die Forderungen der Gastwirthe, Handwerksgelellen, Fabrik- und Handarbeiter, Handlungsgeschäften und Diensthöfen; desgleichen Erziehungs-, Pflege-, und Bezahlungs-; Gebühren der Ärzte, Rechtsanwälte, Hebammen etc.; Honorare der Mitarbeiter von Zeit-schriften; Miethe- und Pachtgelder; Postporto, Frachtgeld und Fruchlohn. Forderungen der Kaufleute und Handwerker für Waaren, die zum Gewerbetriebe (Handel) geliefert sind, verfahren dagegen erst nach Ablauf von 30 Jahren. Steuern, Gerichtskosten und dergleichen verfahren innerhalb 4 Jahren. Ein Mahnbrief unterbricht die Verjährung nicht, ebenso wenig die Zustellung eines im Mahnverfahren beantragten Zahlungsbefehls, sondern nur die ausdrückliche Anerkennung einer Schuld oder die Zustellung der Klage.

Am diese Jahreszeit noch im Freien zu baden, ist eine Peinigung, die nur wenige Menschen fertig bringen. Zu diesen Wenigen zählt Vater Schmidt, ein Mann, der bald seinen 60. Geburtstag feiern wird. Der alte Herr, seines Zeichens Drechsler, hat täglich den weiten Marsch von Tempelhof bis nach Berlin zurückzulegen, was ihn aber nicht abhalten konnte, sich an jedem Morgen ein erfrischendes Bad in den klaren Fluthen des sogenannten Franzosenbades bei Tempelhof zu gönnen. Am letzten Sonntag fand er zu seinem großen Bedauern, daß der Teich mit einer dicken Eisschicht überzogen war und deshalb mußte er sich dazu entschließen, das Schwimmbad in der Reichenergerstraße aufzusuchen. Sicht und Behandlung sind ihm natürlich unbekannt, deren Verhandlung er sich nicht anders zu erklären weiß, als daß die davon geplagten Menschen abgeseigte Feinde des schönen kalten Wassers sein müssen. Das übrige kalte Baden auch im Winter nicht schadet, hat der Hamburger Schwimmverein bewiesen, welcher am dritten Weihnachtstag im vorigen Jahre bei Steinwärder ein Wettschwimmen veranstaltete, an dem vier geübte Schwimmer theilnahmen.

Die Lokalkommission für Schöneberg sendet und folgenden Ergänzungsbericht zur Veröffentlichung: Herr Weidl (Vinderpark) sowohl als Herr Deckendorf haben nach Ablauf der Bedenkzeit erklärt, ihre Säle zu keiner politischen Versammlung herzugeben. Herr Sarré (Birkenwäldchen) hat sich bekanntlich von Anfang an geweigert.

Sämmtliche Anfragen betreffs Schöneberg's Lokalkommission sind zu richten an H. Gärtig, Maurer, Schöneberg, Kolonnenstr. 37.

Ferner macht die Lokalkommission für Friedenau auf die Lokale aufmerksam, welche gewillt sind, ihre Säle zu allen Versammlungen herzugeben: Spohr (Kurgarten) und Büchel, Rheinstr. 8, welcher auch vom 1. Dezember ab das „Berliner Volksbl.“ sowie die „Volks-Tribüne“ auslegen will.

Für Arbeiter-Versammlungen nicht zu haben sind folgende Lokale: Behren (Hohenzollern) und Kaiser-Wilhelms-Garten. Sämmtliche Anfragen betreffs Friedenau's Lokalfraue sind zu richten an: E. Braun, Maler, Friedenau, Rheinstr. 44.

Versammlungen.

Der Verein der Modellstecher Berlins hielt am Montag, den 25. d. M., im Weddingpark, Müllerstraße 178, seine ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Antrag auf Erhöhung der Bibliothek. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Bericht des und Fragekasten. Zu Punkt 1 sprachen sämtliche Redner für den Antrag und es wurden 40 Mark zur Anschaffung der internationalen Arbeiter-Bibliothek bewilligt. Hierauf ertheilte der Bibliothekar Jahresbericht. Zu Punkt 2 wird die Abrechnung vom Kultur-gesetz erledigt; sie ergibt einen Ueberschuß von 21,20 M. Ein Antrag auf Erhöhung der Krankenunterstützung wird, nachdem verschiedene Redner dafür gesprochen, bis zur nächsten Versammlung vertagt. Seitens des Vorstandes wird mitgetheilt, daß die Lohn- resp. Vertrauenskommission das Material und den Ueberschuß der diesjährigen Lohnbewegung dem Verein übergeben hat. Nachdem der Fragekasten erledigt ist, schließt der Vorsteher die Versammlung um 11 Uhr. Nächste Vereinsversammlung Montag, den 9. Dezember, Abends 8½ Uhr im Weddingpark.

Eine Versammlung der Filiale Ost des Verbandes der Dachdecker Deutschlands fand am 19. d. M., im Lokale Günter Weg 29, unter Vorh. des Herrn Wehrlein, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Kollegen Radwiz über die städtische Generalversammlung. 2. Verschiedenes und Aufnahme von Mitgliedern. Herr Radwiz legte klar welche Zwecke und Ziele der Verband verfolgte. Er wies nach, daß es ohne Organisation nicht weiter gehen könne, deshalb sei der Verband gegründet worden und kräftig wachse in die Agitation einzutreten werden. Hierauf wurden folgende 5 Herren: Radwiz, Hante, Wendt, Driahoy und Wehrlein als Zentralvorstand provisorisch gewählt. Unter Verschiedenem erwähnten noch die Herren Hante, Wehrlein und Driahoy kräftiger Agitation für den Verband, damit zum Frühjahr jeder Dachdecker sich dem Verband anschließe. Es meldeten sich 6 Kollegen, die aufgenommen wurden. Hierauf schloß der Vorsteher mit einem kräftigen Hoch die Versammlung.

Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung der Freien Vereinigung der Kartonarbeiter fand am 25. d. Mts. in Volkman's Salon, Andrastr. 26, statt, in welcher Herr Dr. Bruno Wille einen lehrreichen Vortrag über „Jugendberührung“ hielt. Er erzielte allgemeinen Beifall. Hierauf schloß sich eine kurze Diskussion. — Unter Verschiedenem wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Durch das Verhalten der Gastwirthe in Friedrichshagen den Arbeitern gegenüber veranlaßt, erklären die Mitglieder der Freien Vereinigung der Kartonarbeiter, im kommenden Sommer nach Friedrichshagen und Müggelschloß kein Ausflügen zu unternehmen; ferner in Kroll's Theater und in der Philharmonie nicht mehr zu verkehren und Keller's Dofjäger, Odenstraße, überhaupt nicht mehr zu besuchen.“ — Ein Antrag, welcher beauftragt, die nächste Versammlung ausfallen zu lassen, um die öffentliche Versammlung der 15er Kommission („Sonsouci“, Kottbuserstraße) nicht zu beeinträchtigen, wurde einstimmig angenommen.